



Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen

Jahresbericht

2009 / 2010

Allen, die mit ihren Beiträgen und ihrem Engagement die Arbeit der eaf in diesem Jahr unterstützt haben, danken wir sehr.

Christel Riemann-Hanewinckel
Präsidentin

Dr. Insa Schöningh
Bundesgeschäftsführerin

Redaktion:
Dr. Insa Schöningh
Esther-M. Ullmann-Goertz
Sabine Mundolf
Beate Wolter

eaf
Bundesgeschäftsstelle
Auguststraße 80
10117 Berlin
Tel. 0 30 / 2 83 95 - 4 00
Fax 0 30 / 2 83 95 - 4 50

Der Bericht umfasst den Zeitraum vom 1. August 2009 bis 31. Juli 2010
Redaktionsschluss: 20. Juli 2010

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
1. FAMILIENPOLITISCHE ENTWICKLUNGEN 2009/2010	3
2. TÄTIGKEIT der eaf	
2.1 Präsidium	9
2.2 Fachausschüsse	9
2.3 Bundesgeschäftsstelle	10
3. ÖFFENTLICHKEITSARBEIT	
3.1 Stellungnahmen / Anhörungen	10
3.2 Fachgespräche	11
3.3 Fachtagungen	12
3.4 Internetauftritt der eaf	13
3.5 Veröffentlichungen	13
4. KOOPERATIONEN	
4.1 Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Familienorganisationen e. V.	16
4.2 Mitarbeit in Gremien	17
4.3 Kooperationstagungen	22
4.4 Mitwirkungen (Tagungen, Seminare) / Medien	23
5. LANDESARBEITSKREISE	
5.1 Konferenz und Arbeitstreffen	25
5.2 Tätigkeitsberichte der Landesarbeitskreise/Landesverbände	25

1. FAMILIENPOLITISCHE ENTWICKLUNGEN 2009/2010

In der zweiten Jahreshälfte 2009 stand vor allem die Bundestagswahl, die anschließende Regierungsbildung und der Koalitionsvertrag von CDU/CSU/FDP im politischen Vordergrund. Das erste Halbjahr 2010 war ganz entscheidend durch die Debatte um den Kinderschutz, insbesondere im Falle sexueller Gewalt in Institutionen, geprägt. Diese wurde ausgelöst durch aufgedeckte Fälle von sexueller Gewalt an Schülerinnen und Schülern in Internaten der Katholischen Kirche. Weitere Gewaltvorfälle in katholischen, aber auch evangelischen und reformpädagogischen Einrichtungen brachten Betroffene ans Licht. Die Fälle liegen zum Teil Jahrzehnte zurück, mitunter waren sie sogar schon öffentlich geworden, ohne dass daraus die Verantwortlichen Konsequenzen zogen. Dies betrifft auch unsere evangelische Kirche.

Anscheinend ist erst jetzt ein gesellschaftspolitisches Klima entstanden, das Kinder als besonders schutzwürdig und mit Persönlichkeitsrechten ausgestattete Mitglieder der Gesellschaft in vollem Umfang ernst nimmt. Offensichtlich ist dies eine Frucht der seit Jahren beharrlichen Lobbyarbeit für die Aufnahme von Kinderrechten in das Grundgesetz sowie die Festschreibung im BGB, dass Kinder ein Recht auf gewaltfreie Erziehung haben. Dazu gehört auch eine stärker am Kind orientierte Wahrnehmung bei familienpolitischen Fragen sowie bei gerichtlichen Entscheidungen.

Sexuelle Gewalt gegenüber Schutzbefohlenen ist kein neues Phänomen; seit vielen Jahren weisen Kinderschutz-, ebenso wie Opferverbände auf diese, die Persönlichkeit in höchstem Maße verletzende, und die Opfer meist ihr Leben lang begleitenden Folgen dieser Form der Gewaltausübung hin. Nichtsdestotrotz blieb dies viele Jahre eine „Nischendiskussion“, strafrechtlich wurden nur selten Fälle geahndet. Das liegt nicht zuletzt an der schwierigen Beweisführung, die Opfer nicht selten erneut traumatisiert. Tatsächlich ist entgegen der öffentlichen Wahrnehmung die Zahl der Fälle sexueller Gewalt in den letzten Jahren sogar kontinuierlich zurückgegangen. Ebenso entgegengesetzt zur gegenwärtigen Wahrnehmung, finden die meisten Fälle sexueller Gewalt im familiären Umfeld statt und nicht in Institutionen.

Als eine Reaktion auf das nicht vermutete Ausmaß von gewaltsamen sexuellen Übergriffen in Institutionen wurde der „Runde Tisch Sexueller Missbrauch“ eingerichtet, zu dem das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), das Bundesministerium der Justiz (BMJ) und das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gemeinsam zahlreiche Wissenschaftler/Wissenschaftlerinnen, Verbände und Institutionen eingeladen haben. Christel Riemann-Hanewinckel nimmt für die eaf daran teil. Nach der konstituierenden Sitzung am 23. April 2010 wurde der Runde Tisch in drei Arbeitsgruppen geteilt, jedes Ministerium leitet eine Arbeitsgruppe. Die Aufgabe ist, Maßnahmen zur Prävention, Information, Intervention und zu strafrechtlichen Konsequenzen vorzuschlagen. Außerdem sollen Lücken in der Aus- und Fortbildung einschlägiger Berufe (z. B. im Bereich der Pädagogik, der Medizin etc.) und in der Forschung benannt werden. Bis Ende des Jahres 2010 soll ein Zwischenbericht, Ende 2011 ein gemeinsamer Endbericht des Runden Tisches mit Maßnahmen aus allen drei Arbeitsgruppen vorgelegt werden. Die eaf beteiligt sich an allen drei AGs.

Als zweite Maßnahme wurde die Position einer Missbrauchsbeauftragten der Bundesregierung eingerichtet und mit der Familienministerin a. D., Dr. Christine Bergmann, besetzt. Die Missbrauchsbeauftragte ist im BMFSFJ angesiedelt und hat inzwischen eine telefoni-

sche Hotline freigeschaltet. Am 15. Juni 2010 teilte sie mit, dass sich seit ihrem Amtsantritt im März dieses Jahres bereits 1.000 Opfer gemeldet hätten, 60 % der Anruferinnen und Anrufer hatten nie zuvor mit jemand über die erlebte sexuelle Gewalt gesprochen. Daran wird deutlich, wie schwer es für die Opfer ist, sich jemandem anzuvertrauen und als wie wenig offen sie das gesellschaftliche Klima bislang wahrgenommen haben.

Zeitlich parallel zum „Runden Tisch Sexueller Missbrauch“ laufen die Vorbereitungen zu einem neuen Kinderschutzgesetz, nachdem ein erster Entwurf in der vergangenen Legislaturperiode am Widerstand zahlreicher Verbände scheiterte. (Auch die eaf hatte sich sehr kritisch zu dem Entwurf geäußert, s. Stellungnahme vom 24. Februar 2009.) Zur Vorbereitung des Gesetzes sind zwei Arbeitsgruppen eingerichtet. Sowohl die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) als auch das Diakonische Werk der EKD sind von evangelischer Seite beteiligt. Die eaf vertritt die EKD in der AG „Aufbau vernetzter Strukturen und Stärkung der Wissensbasis“ mit der Geschäftsführerin Dr. Insa Schöningh.

Da diese beiden Prozesse mit überschneidenden Sachverhalten befasst sind und an allen Stellen evangelische Institutionen beteiligt sind, hat die eaf einen internen „Runden Tisch“ ins Leben gerufen, bei dem Informationen aus allen Arbeitsgruppen ausgetauscht und gemeinsame Strategien erarbeitet werden. Dieses Themenfeld wird voraussichtlich auch das nächste Berichtsjahr relevant bleiben.

Die Regierungsbildung nach der Bundestagswahl verlief zwar recht zügig, doch dieses Tempo wurde in den darauf folgenden Wochen und Monaten nicht mehr erreicht. Vielmehr kamen immer mehr Unvereinbarkeiten in der Wunschkoalition aus CDU/CSU und FDP zutage. Familienpolitisch bietet das Regierungsprogramm viele kleine Veränderungen und „Reförmchen“, aber kein übergreifendes Großprojekt, wie es das Elterngeld in der letzten Legislatur war. Die eaf hat eine Stellungnahme zum Koalitionsvertrag abgegeben und in den Familienpolitischen Informationen 1/2010 veröffentlicht. Auch das Amt der Familienministerin wechselte nach wenigen Wochen von Ursula von der Leyen zu Kristina Schröder. Der Ministerinnenwechsel hatte auch einige Wechsel an der Spitze des Ministeriums zur Folge (Staatssekretär, Abteilungsleiter). Ebenfalls neu besetzt in Folge der Bundestagswahl wurden die Ausschüsse und Kommissionen des Deutschen Bundestages. Sibylle Laurischk, FDP, ist nun Vorsitzende des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Stellvertreterin ist Christel Humme, SPD. Der Kinderkommission gehören folgende Mitglieder an: Eckhard Pols (CDU/CSU), Marlene Rupprecht (SPD), Nicole Bracht-Bendt (FDP), Diana Golze (DIE LINKE) und Katja Dörner (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN).

Neben der Diskussion um sexuelle Gewalt gewinnt das Thema Pflege zunehmend an Bedeutung. Als eine ihrer ersten Maßnahmen kündigte die neue Familienministerin Schröder einen Vorschlag für eine erweiterte Pflegezeit an: Ihrem Vorschlag zufolge, soll es sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zukünftig möglich sein, bis zu zwei Jahre ihre Arbeitszeit auf 50 % zu reduzieren, bei Weiterzahlung von 75 % des Gehaltes. Nach ihrer Rückkehr müssten die Beschäftigten dann genau so lang Vollzeit zu 75 % des Gehaltes erwerbstätig sein, wie sie vorher reduziert gearbeitet haben. In diesem Vorschlag fehlen noch die schwierigen Details, z. B.: Was ist mit Erwerbstätigen, die gar nicht Vollzeit arbeiten? Was mit solchen, die auch nach der Rückkehr nicht wieder in vorherigen Umfang arbeiten können oder wollen? Wie verhält es sich im Falle von Kündigungen? - um nur einige Fragen zu stellen. Die bisher gesetzlich eingeräumte Möglichkeit, sechs Monate ohne Lohn- oder sonstigen Ausgleich, Pflegezeit zu nehmen, wird so gut wie gar nicht genutzt, vermutlich weil sich so einen Ausstieg kaum jemand leisten kann. Insofern ist es verdienst-

voll, dass die Ministerin über neue Wege nachdenkt und dem Thema überhaupt die notwendige Aufmerksamkeit verschafft hat. Gleichwohl hat der Vorschlag, das Pflegerisiko komplett zu individualisieren und damit voraussichtlich vor allem weibliche Erwerbsbiographien - und nicht zuletzt Rentenansprüche - weiter zu belasten, noch erheblichen Verbesserungs- bzw. Diskussionsbedarf.

Pflege von Angehörigen nahm auch im Berichtsjahr der eaf einen breiten Raum ein. Die vom Fachausschuss „Bildung, Beratung und Soziale Infrastruktur“ erarbeitete Broschüre „Häusliche Pflege von Familienangehörigen“ wurde fertig gestellt, gedruckt und in großer Zahl verteilt. Begleitend dazu fanden verschiedene öffentliche Veranstaltungen und Aktionen statt: Die Landesarbeitskreise/Landesverbände beschäftigten sich auf dem Arbeitstreffen im Herbst 2009 mit einfachen, aber wirkungsvollen Öffentlichkeitsaktionen. Sie bildeten eine Arbeitsgruppe und bereiteten mehrere dezentrale Öffentlichkeitsaktionen vor. Auch für das kommende Jahr plant diese Gruppe weitere Öffentlichkeitsaktionen zur Pflege. Die Bundesgeschäftsstelle führte gemeinsam mit dem Büro des Bevollmächtigten der EKD bei der Bundesregierung und der EU sowie mit der Evangelischen Akademie Berlin-Brandenburg eine Abendveranstaltung durch, die sich vor allem an politisch Verantwortliche richtete. Auf dem Ökumenischen Kirchentag in München gestaltete die eaf gemeinsam mit dem Familienbund der Katholiken (FDK) eine gut besuchte Podiumsveranstaltung mit hochkarätigen Gästen durch. Auch sonst scheint die Dringlichkeit der Angehörigenpflege inzwischen bei den Entscheidungsträgern in Politik und Wirtschaft angekommen zu sein, wie auf einigen Veranstaltungen und durch Äußerungen in der Presse wahrzunehmen ist.

Anders als in den letzten Jahren war dieses Berichtsjahr auch durch wegweisende Gerichtsentscheidungen und das Inkrafttreten neuer Gesetze geprägt: Zum 1. September trat das in einem mehrjährigen Prozess überarbeitete veränderte Familienrecht in Kraft, das u. a. ein „großes Familiengericht“, eine Strukturreform des Versorgungsausgleichs und insbesondere Beschleunigung in Kindschaftsrechtsverfahren vorsieht. Seit dem 1. Januar 2010 gilt ein etwas modernisiertes Erbrecht.

In einer aus formalen Gründen abgelehnten Vorlage hat sich das Bundesverfassungsgericht gleichwohl ausführlich zur Problematik der Stiefkindadoption bei gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften geäußert. Darin wird der gelebten – sozialen – Elternschaft der gleiche Rang eingeräumt wie der leiblichen Elternschaft. Oder anderes gesagt: Die leibliche Elternschaft verliert etwas von ihrem bislang dominierenden Charakter. In einem anderen Urteil beanstandet der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) die deutsche Praxis, bei nichtehelichen Eltern das Sorgerecht automatisch der Mutter zuzuerkennen. Vielmehr müsse – analog zum Scheidungsfall – das gemeinsame Sorgerecht der Regelfall sein. Vom Kind her gesehen ist diese Entscheidung konsequent, denn es hat ein Recht auf Mutter und Vater. Ob sich eine derartige Pauschallösung auch in der Praxis bewährt, bleibt genauer zu untersuchen. Insbesondere im Falle sehr kurzlebiger Beziehungen, aus denen ein Kind entstanden ist, scheint diese Regelung problematisch. Vielmehr müsste sich die gemeinsame Sorge aus der vorher gelebten Beziehung ergeben, nicht aber ausschließlich aus der leiblichen Vater- oder Muttereigenschaft.

Das verbindende beider Entscheidungen ist der Konflikt zwischen leiblicher und sozialer Elternschaft. Zwar ist soziale Elternschaft wahrlich keine neue Erscheinung, dass sie aber rechtlich als gleich bedeutsam, evt. gar bedeutsamer als die leibliche Elternschaft bewertet wird, ist eine neue Entwicklung.

Wenig beachtet, gleichwohl für immer mehr Paare von großer Wichtigkeit ist die Überarbeitung des Internationalen Privatrechts. Jeder zehnte Deutsche heiratet einen oder eine ausländischen Staatsangehörigen; Paare, die im Ausland geheiratet haben ziehen nach Deutschland. Bei allen Ehen mit Auslandsberührung stellt sich immer die Frage, welches Recht gilt. Das Internationale Privatrecht ist kompliziert und von Land zu Land unterschiedlich. Daher wurde jetzt der so genannte „Wahlgüterstand“, der Elemente des deutschen und französischen Rechts vereint, vereinbart. Inhaltlich geht es dabei um die Regelung des Vermögens, welches in der Ehe erwirtschaftet wird. Der Wahlgüterstand steht zunächst nur deutsch-französischen Paaren offen, die Justizministerin hofft aber, dass sich andere EU-Staaten anschließen. Damit ist ein Anfang für diese größer werdende Personengruppe gemacht.

Weniger ein Anfang, sondern viel mehr ein Ende hat die Vorbehaltserklärung zur UN-Kinderrechtskonvention nach nunmehr 18 Jahren genommen. Deutschland hat die UN-Kinderrechtskonvention zwar unterzeichnet – wie fast alle anderen Staaten der Erde ebenfalls, nur die USA und Somalia haben dies bis heute nicht getan. Aber aufgrund des Widerstands, erst der Bundesregierung und dann der Bundesländer, galt die Konvention bislang nicht für minderjährige Flüchtlinge, obwohl das Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) niemals nur auf deutsche Kinder anzuwenden war! Dieser ausschließlich fiskalpolitisch motivierte Vorbehalt wurde am 27. April 2010 endlich aufgehoben. Ein weiterer Erfolg ist die Erarbeitung des Fakultativprotokolls für das Individualbeschwerderecht zur UN-Kinderrechtskonvention. In der Märzsession des Menschenrechtsrates wurde ein klares Mandat für die Erarbeitung eines Vorschlages vergeben. Viele Nichtregierungsorganisationen haben seit Jahren eine intensive Lobbyarbeit für die Kinder betrieben. Die Hoffnung ist groß, dass Ende 2011 das Fakultativprotokoll von der UN-Generalversammlung beschlossen wird.

Am meisten Aufsehen erregte allerdings das mit Spannung erwartete Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Frage der Verfassungsmäßigkeit der Regelsätze im SGB II (Hartz IV). Das Gericht rügte, dass die aktuelle Berechnung des Regelsatzes ohne erkennbare empirische Grundlage erfolgt und kritisierte die Differenzierung in lediglich zwei Altersstufen als unzulänglich. Die Methode der Berechnung, angelehnt an die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe sei dagegen sachgerecht. Auch die Höhe der Regelsätze wurde nicht grundsätzlich in Frage gestellt, sie dürfe aber nicht willkürlich, sondern müsse logisch und empirisch nachvollziehbar sein. Auch müssen kindspezifische Bedarfe, (wie z. B. Windeln) und vor allem auch Bildungsausgaben einbezogen sein; ein willkürlicher Prozentsatz des Erwachsenenbedarfs sei nicht nachvollziehbar. Bis zum Ende des Jahres 2010 muss eine neue Berechnungsgrundlage erstellt worden sein, die den vom Gericht angemahnten Kriterien genügt. Diese Aufgabe ist nicht leicht zu lösen, da es keine repräsentativen Daten über den nach Altersgruppen der Kinder gestaffelten Verbrauch gibt.

Das Urteil wurde sehr unterschiedlich aufgenommen. Insbesondere diejenigen, die sich auch eine deutliche Kritik an der Höhe der Regelsätze erhofft hatten, waren enttäuscht. Sowohl die Caritas als auch der Paritätische Wohlfahrtsverband haben eigene Berechnungen angestellt und deutlich höhere Beträge als bedarfsgerecht errechnet.

Die Regelsätze im SGB II sind nur eine Facette des gesellschaftlichen Problems Kinderarmut. Diese bleibt seit Jahren auf hohem Niveau bestehen, ohne dass ernsthafte Gegenmaßnahmen erkennbar sind. Die materielle Armut ist dabei nur der am deutlichsten sichtbare Teil der umfassenderen Lebenslage. Arme Kinder haben darüber hinaus eine schlech-

tere Gesundheit, können weniger am sozialen Leben teilnehmen und es mangelt in der Regel auch an außerschulischer Bildung und Förderung. Sei es, dass auch diese Angebote Geld kosten, welches nicht zur Verfügung steht, sei es, dass sie in ihrer häuslichen Umgebung wenig Anregung zu diesen Aktivitäten erfahren. Umso wichtiger ist es, dass insbesondere die Angebote, die sich diskriminierungsfrei an alle Kinder richten, qualitativ gut ausgestattet sind. Das pädagogische Personal muss über die Fähigkeit zum Erkennen von Förderungsbedarf ebenso wie über das Wissen verfügen, wo und wie dieser Bedarf für das einzelne Kind zu decken ist. Außerdem müssen entsprechende Angebote überhaupt genügend vorhanden sein. Das betrifft sowohl Bildungs- und Betreuungsplätze für unter Dreijährige, als auch Ganztagsplätze für Drei- bis Sechsjährige sowie Ganztagschulen bzw. Hortplätze für Sechs- bis Zwölfjährige. Es mangelt vielleicht nicht überall gleichermaßen an Betreuungsinfrastruktur, aber immer noch gibt es zahlreiche unterversorgte Kommunen und Landkreise, vor allem in den westlichen Bundesländern. Angebote der offenen Jugendarbeit sind ebenfalls nicht für alle Jugendlichen erreichbar, insbesondere in dünn besiedelten ländlichen Gegenden.

Entsprechende Qualifikationen sind flächendeckend weder bei den Erziehern und Erzieherinnen, noch bei den Lehrern und Lehrerinnen gegeben, von Tagesmüttern ganz zu schweigen. Leider sind auch nur wenig umfassende Bemühungen zur Qualifizierung des pädagogischen Personals erkennbar. Zwar sind insbesondere viele Erzieherinnen und Erzieher sehr um ihre Fortbildung bemüht, aber auch die beste Qualifikation nützt angesichts zu großer Gruppen nur wenig. Außerdem ist zu wenig Zeit für Vor- und Nachbereitung und für Elterngespräche im Rahmen der Arbeitszeiten vorgesehen. So war es schon ein Erfolg, dass in einem mehrwöchigen Streik im Sommer 2009 zumindest die Bezahlung weitgehend wieder der Höhe entspricht, die vor Einführung des Tarifvertrag des Öffentlichen Dienstes (TVöD) für das Personal von Kindertagesstätten galt.

Insbesondere bei der Hochschulausbildung des Lehrkräftepersonals für den schulischen Bereich sind kaum Veränderungen der Curricula bemerkbar. So wird die Chance, die der Generationswechsel in den Schulen bietet, leichtfertig verspielt. Außer dem Ausbau der Ganztagschulen, der in vielen Bundesländern voranschreitet, müssen sich die Schulen auch neuen pädagogischen Konzepten öffnen. Das geschieht an vielen Stellen, aber noch längst nicht überall. Bis der dem deutschen Schulwesen konstitutive Gedanke der homogenen Lernengruppe und - als seine Kehrseite – das Aussortieren derer, die nicht zu dieser Homogenität passen, aus den Köpfen verabschiedet wird, dauert es wohl noch lange. Dies gilt insbesondere für den Rechtsanspruch auf inklusive Bildung für alle Schülerinnen und Schüler, der vielerorts noch nicht einmal auf dem Papier bekannt ist. Eltern von Kindern mit besonderem Förderbedarf brauchen ein ungeheures Maß an Energie und möglichst noch einflussreiche Fürsprecher/innen und Unterstützer, um diesen Anspruch tatsächlich durchzusetzen.

Der im Juni veröffentlichte Bildungsmonitor der Bertelsmann Stiftung verzeichnet, dass inzwischen jedes fünfte Kind unter drei Jahren in einer Kinderkrippe oder von einer Tagesmutter betreut wird. Das ist zum einen ein Hinweis auf die Veränderung der Einstellung gegenüber frühkindlicher Kinderbetreuung in Westdeutschland. Offenbar wird diese, weniger als noch vor einigen Jahren, nicht mehr als schädlich angesehen. Zum anderen ist es die direkte Folge des Elterngeldes. Im Regelfall wird es nur 14 Monate gezahlt und danach kehren die Eltern in das Erwerbsleben zurück. Nicht nur diese neuesten Zahlen der Bertelsmann Stiftung belegen es, sondern auch von Seiten des Städte- und Gemeindebundes werden die Stimmen lauter, die vorhersagen, dass der Rechtsanspruch auf Bildung und

Betreuung ab einem Jahr, von 2013 an in Gefahr ist. Denn das Ausbautempo hinkt schon jetzt der Nachfrage nach Plätzen hinterher. Dieser Meinung war die eaf bereits bei Verabschiedung des Kinderförderungsgesetzes 2008. Angesichts der zunehmend schlechter werdenden Finanzlage der Städte und Gemeinden ist der Ausbau der Plätze eine schwierige Aufgabe. Aber gerade deswegen ist der Rechtsanspruch, wie er im Gesetz verankert ist, ein wichtiges Instrument gegen das Sparpaket der Bundesregierung.

Neben den angesprochenen Themen waren auch die „familienpolitischen Dauerbrenner“ Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Familienlasten- und -leistungsausgleich sowie Ausbau der Infrastruktur begleitende Themen des letzten Berichtsjahres. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, neuerdings auch Work-Life-Balance genannt, erweitert sich sukzessive in zwei Richtungen: Zum einen wird es mehr und mehr auch ein Thema für Männer. Dazu trägt die - leider immer noch - langsame Veränderung der Väterrolle bei. Zumindest ein Teil der Väter möchte mehr Zeit für Familie haben und auch Aufgaben übernehmen (19 %, laut der Studie „Männer in Bewegung“, Volz/Zulehner 2009). Zum anderen spielt die Pflege von Familienangehörigen zunehmend eine Rolle in der Vereinbarkeitsdebatte. Auch in diesem Feld ist ein Ausbau wohnortnaher sozialer Infrastruktur dringend erforderlich.

Eine Verbesserung für fast alle Familien dürfte die zu Anfang des Jahres 2010 wirksam gewordene Kindergelderhöhung sein, 20 Euro mehr monatlich gibt es für jedes Kind. Die Familien im SGB II-Bezug haben allerdings nichts davon, weil das Kindergeld auf den Bedarf angerechnet wird und sich somit ihre sonstige Unterstützung lediglich um den gleichen Betrag verringert hat. Sie haben also im Ergebnis genauso wenig wie vorher. Insofern ist es fraglich, inwieweit Individualleistungen sinnvolle Investitionen sind gegenüber einem kontinuierlichen Ausbau von Infrastruktur für Familien. Mit Zeitverzögerung, nämlich beim steuerlichen Jahresausgleich, werden die eigentlichen Gewinner der Kindergelderhöhung bekannt: die, die den Anstieg des Kinderfreibetrags von 6.024 auf 7.008 Euro angerechnet bekommen. Geringfügig angestiegen ist der Unterhaltsvorschuss. Diese Maßnahmen gleichen die in den letzten Jahren rasant gestiegenen Energiekosten, die in Mehrpersonenhaushalten erheblich zu Buche schlagen, sicherlich nicht aus, helfen aber zumindest etwas.

Während diese Verbesserungen, mit Ausnahme des Unterhaltsvorschusses und der Kindergelderhöhung viele Familien insgesamt betreffen, wird ausgerechnet bei denjenigen, die in finanziell sehr beengten Verhältnissen ihre Kinder großziehen, besonders gekürzt. Das Sparpaket der Bundesregierung sieht die Streichung des Elterngeldes bei Eltern im SGB II-Bezug vor. Gerade für diese Personengruppe war das Elterngeld schon bei der Einführung sehr umstritten, wurde aber schließlich auf politischen Druck hin doch als eine nicht-anrechenbare Transferleistung gewährt. Die Begründung, damit auch Anreize zur Arbeitsaufnahme setzen zu wollen, ist an Zynismus kaum noch zu überbieten. Schließlich handelt es sich hier um Eltern von Kindern bis zu einem Jahr. Gerade dann sind Kind und Erwerbstätigkeit kaum vereinbar und es entstehen auch etliche Kosten, die aus dem regulären Bedarf in neun Monaten kaum angespart werden können (Kinderwagen, Bettchen, Wickeltisch etc.). Zumal genau in der potentiellen Ansparzeit wiederum auch erhöhte Kosten durch den Bedarf an Schwangerenkleidung anfallen. Außerdem gibt es noch immer das Problem der nicht vorhandenen Arbeitsplätze, das wohl nicht von den Eltern gelöst werden kann. Eine besondere Härte ist diese Regelung auch für die alleinerziehenden Mütter und Väter.

Die gleichzeitige Deckelung im oberen Bereich des Elterngeldes ist bedauerlich, aber weniger sozial problematisch. Insgesamt sind die Einschnitte bei dieser überaus akzeptierten und vor drei Jahren erst eingeführten Leistung wenig hilfreich, weil sie auch die Verlässlichkeit von Politik grundsätzlich in Frage stellen. Von einer für Eltern planbaren Unterstützung in finanzieller und infrastruktureller Hinsicht beim Aufwachsen ihrer Kinder sind wir damit wieder ein Stück weiter entfernt.

2. TÄTIGKEIT der eaf

2.1 Präsidium

Präsidentin: Prof. Dr. Ute Gerhard, bis September 2009
Christel Riemann-Hanewinckel, ab Oktober 2009

Das Präsidium tagte im Berichtszeitraum fünfmal. Übergreifendes Thema des Berichtsjahres waren die Vorbereitung und Durchführung des Organisationsberatungsprozesses, der Anfang 2010 begonnen hat.

Das Präsidium der eaf trat das letzte Mal unter der Leitung von Prof. Dr. Ute Gerhard kurz vor der Jahrestagung der eaf zusammen. Dieses Treffen diente dem Zweck, letzte Fragen und Notwendigkeiten vor der Jahrestagung und Mitgliederversammlung zu klären.

Am 18. November 2009 trat das Präsidium der eaf zum ersten Mal unter Leitung der neuen Präsidentin Christel Riemann-Hanewinckel in Hannover zusammen. Es beriet über die inzwischen eingegangenen Angebote von Organisationsberatungsfirmen und verabedete einen weiteren Termin zur Präzisierung des Vorgehens.

Eine Arbeitsgruppe des Präsidiums bereitete die Fragen vor, die durch den Beratungsprozess geklärt werden sollen und beriet über die Angebote von Beratungsunternehmen. Sie traf im Berichtszeitraum zweimal zusammen. Ab Anfang 2010 wurde sie durch die dann gebildete Steuerungsgruppe abgelöst. Die Steuerungsgruppe tagte im Berichtszeitraum zweimal.

Außerdem wurden Vorlagen der Fachausschüsse, der Haushalt 2011 und der Koalitionsvertrag beraten. Im Vorfeld der Koalitionsverhandlungen wurde ein 10-Punkte-Programm von wichtigen familien- und sozialpolitischen Maßnahmen für die kommende Legislaturperiode verabschiedet (FPI 6/2009). Vor dem Hintergrund dieses Programms bewertete das Präsidium den Koalitionsvertrag (s. Familienpolitischen Informationen 1/2010). Die Stellungnahme wurde den Fraktionsvorsitzenden und familienpolitischen Sprecherinnen und Sprechern der Parteien sowie dem Bundestagsausschuss Familie, Senioren, Frauen und Jugend zugeleitet.

2.2 Fachausschüsse

Fachausschuss 1: „Sozialpolitik und Recht“

Vorsitzende: Prof. Dr. Irene Gerlach

Der Fachausschuss 1 der eaf „Sozialpolitik und Recht“ traf sich zu drei Sitzungen. Er befasste sich u. a. mit Fragen der Effizienz von finanzieller Unterstützung von Familien (u. a. am Beispiel Kindergelderhöhung) und der Notwendigkeit von Zielgruppenorientierung. Die Verbesserung der Infrastruktur war ein weiteres Thema ebenso wie die kritische Begutach-

tung des Kommissionsberichts der Robert-Bosch-Stiftung zu den so genannten „Kleinen Lebenskreisen“. Familienrechtliche Reformen und Entwicklungen waren ebenso wie Folgerungen aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 9. Februar 2010 (Hartz IV Regelsätze) wichtige Diskussionspunkte.

Themen waren zudem die Position der eaf zur so genannten Kindergrundsicherung sowie die Gesundheitsreform und die Familienpolitik in den Kommunen (Gutachten im Auftrag des BMFSFJ).

Fachausschuss 2: „Bildung, Beratung und Soziale Infrastruktur“

Vorsitzender: Dr. Martin Merbach

Der Fachausschuss 2 der eaf „Bildung, Beratung, Soziale Integration“ mit seinen neuen Mitgliedern traf sich zu seiner konstituierenden Sitzung am 1. Dezember 2009 in Berlin. Er bestimmte aus seiner Mitte Dr. Martin Merbach, wissenschaftlicher Mitarbeiter und Dozent am EZI, zum Vorsitzenden. Stellvertretende Vorsitzende ist Nele Allenberg aus dem Büro des Bevollmächtigten des Rates der EKD. Die Mitglieder stellten sich bei dieser Sitzung mit ihren Kompetenzen in Bezug auf die Themen des Fachausschusses vor, um eine Richtung für die gemeinsame Arbeit zu finden.

Dazu wurde in folgenden Sitzungen des Berichtszeitraumes das Konzept der Inklusion aus migrationspolitischer Sicht besprochen, ein Überblick über Entstehung und Auffächerung dieses Konzepts zur Kenntnis genommen, sowie anhand der "Waldschule" Templin beispielhaft die Umsetzung des Konzepts in der Praxis diskutiert.

2.3 Bundesgeschäftsstelle

Personell gab es in der Bundesgeschäftsstelle keine Veränderungen.

Inhaltlich war die Bundesgeschäftsstelle mit den bei den jeweiligen Gremien bereits erwähnten Schwerpunkten befasst, insbesondere mit der Erarbeitung von Stellungnahmen, von Pressemitteilungen (vor allem in Kooperation mit anderen Verbänden), der Überarbeitung und Drucklegung der im Herbst erschienenen Broschüre „Häusliche Pflege von Familienangehörigen“ und der Mitarbeit in zahlreichen Gremien sowie der Öffentlichkeitsarbeit (Familienpolitische Informationen, Newsletter, Website).

Janina Haase hat eine Fortbildung besucht, so dass die Herstellung der Familienpolitischen Informationen bis zur Druckreife nunmehr in der Geschäftsstelle möglich ist.

Außer den Schwerpunkten der Gremien stand die stärkere innerkirchliche Profilierung der eaf im Zentrum der Arbeit der Geschäftsstelle.

3. ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

3.1 Stellungnahmen / Anhörungen

- 10-Punkte-Programm der eaf. Dringende familienpolitische Anliegen für die 17. Legislaturperiode im Vorfeld der Koalitionsverhandlungen, veröffentlicht in: Familienpolitische Informationen 6/2009
- Stellungnahme der eaf zum Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP für die 17. Legislaturperiode: „Wachstum. Bildung. Zusammenhalt.“, 13. Januar 2010

- Stellungnahme der eaf zum 2. Gesetzentwurf zur erbrechtlichen Gleichstellung nicht-ehelicher Kinder, 14. April 2010
- Stellungnahme der eaf zur Streichung des Elterngeldes bei SGB II sowie bei Kinderzuschlag-Empfängern, 23. Juli 2010

Arbeitsgruppe Öffentlichkeitsarbeit / Pflege

Die Arbeitsgruppe Öffentlichkeitsarbeit „Pflege“ der Landesarbeitskreise der eaf traf sich am 25. Februar und 30. Juni 2010 in Kassel, um verschiedene einzelne und gemeinsame Aktionen für 2010 zu beraten. Inzwischen wurde ein Würfelturm bereitgestellt, der bei verschiedenen Anlässen zum Thema „Familien mit pflegebedürftigen Angehörigen“ seine Anwendung gefunden hat. Weitere Aktionen sind für 2010/2011 geplant.

3.2 Fachgespräche

- Gespräch der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen e. V. (AGF) im BMFSFJ mit Bundesfamilienministerin Dr. Kristina Schröder, 1. März 2010, Christel Riemann-Hanewinkel und Dr. Insa Schöningh haben für die eaf teilgenommen.
- Gespräch Dr. Insa Schöningh mit Katrin Hatzinger, Leiterin des Brüsseler Büros des Bevollmächtigten der EKD, zur Arbeit der eaf und zur Zusammenarbeit mit dem Brüsseler Büro, 20. Januar 2010
- Gespräch Dr. Insa Schöningh mit Sigrid Müller, CVJM, zur Stellungnahme zu den Koalitionsvereinbarungen und über den offenen Brief zum Betreuungsgeld, 20. Januar 2010
- Gespräch Dr. Insa Schöningh mit Sven Iversen, neuer Geschäftsführer der AGF, 27. Januar 2010
- Pressekonferenz der EKD zum Thema Pflege. Esther-Marie Ullmann-Goertz für die eaf, 26. Januar 2010
- Diakonie-Fachgespräch „Vor der neuen Gesundheitsreform – Beratungen über Prioritäten der Diakonie“, Ulrike Gebelein und Dr. Insa Schöningh, 12. Februar 2010
- Gespräch Christel Riemann-Hanewinkel mit Prälat Dr. Felmburg über Möglichkeiten der Zusammenarbeit, 4. März 2010
- Gespräch Dr. Insa Schöningh und Prof. Dr. Irene Gerlach mit dem Bundestagsabgeordneten Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn, Bündnis 90/Die Grünen, zum Rentenmodell der eaf, 24. März 2010
- Gespräch der AGF mit dem Bundespräsidenten Horst Köhler am 12. April 2010, Christel Riemann-Hanewinkel für die eaf. Schwerpunkte des Gesprächs waren Kinderarmut sowie die Herausforderungen, die sich der Gesellschaft durch den demografischen Wandel ergeben. Aus aktuellem Anlass nahm auch die Diskussion um den sexuellen Missbrauch von Kindern und Jugendlichen in Institutionen und insbesondere die Rolle der Kirchen einigen Raum ein.
- Gespräch Dr. Insa Schöningh mit Christiane Siebert, Beraterin für Unternehmen zur Vereinbarkeit von Pflege und Erwerbstätigkeit, 20. April 2010
- Christel Riemann-Hanewinkel Teilnahme am Forum Gleichstellung der EKM in Halle/Saale, 23. Januar 2010

- Gespräch Christel Riemann-Hanewinckel und Dr. Insa Schöningh mit der Bundestagsabgeordneten Dagmar Ziegler, SPD, zum 10-Punkte-Programm der eaf und den Eckpunkten für eine gemeindenahe Pflege, 21. April 2010
- Vorgespräch zur ersten Sitzung des Runden Tisches „Kindesmissbrauch“ auf Einladung von Prälat Dr. Felmberg mit den Teilnehmenden der evangelischen und katholischen Institutionen, 23. April 2010
- Runder Tisch „Runder Tisch Sexueller Kindesmissbrauch in Abhängigkeits- und Machtverhältnissen in privaten und öffentlichen Einrichtungen und im familiären Bereich“ im BMFSFJ, 23. April 2010, Christel Riemann-Hanewinckel für die eaf.
- Arbeitsgruppe „Durchsetzung Strafanspruch – Rechtspolitische Folgerungen – Anerkennung des Leidens der Opfer sexuellen Missbrauchs in jeglicher Hinsicht“ im BMJ, Oberstaatsanwältin Ruth Dringenberg-Enders für die eaf, 20. Mai 2010
- Arbeitsgruppe „Forschung und Lehre“ im BMBF, Prof. Dr. Ulrike Busch für die eaf, 7. Juni 2010
- Arbeitsgruppe „Prävention – Intervention – Information“ des Runden Tisches im BMFSFJ, Christel Riemann-Hanewinckel, 25. Mai und Achim Haid-Loh (EZI) 13. Juli 2010
- Interner „Runder Tisch“ der eaf: zur gegenseitigen Information und zur Absprache der Themenbereiche, die in den Arbeitsgruppen des ministeriellen Runden Tisches „Kindesmissbrauch“ behandelt werden. Vertretungen – neben den genannten und der Geschäftsstelle der eaf – aus EZI, DW, EKFuL, 16. Juni und 8. Juli 2010

3.3 Fachtagungen

Fachtagung 2009

Einmal jährlich veranstaltet die eaf eine Fachtagung im Vorfeld der Mitgliederversammlung. Die Fachtagung richtet sich zwar vorrangig an die Mitglieder der eaf, ist aber offen für interessierte Gäste.

Die Fachtagung der eaf 2009 fand vom 16. bis 18. September 2009 in der Ev. Akademie in Hofgeismar statt. Mit der Fachtagung *Frauenleben zwischen Politik und Alltag* sollte der Frage nachgegangen werden, wie Frauen- und Familienpolitik heute verknüpft sind und wie sich das Leben von Frauen heute gestaltet. Den Erfahrungen verschiedener Frauen- und Männergenerationen mit Beruf und Familie wurde ebenso Raum gegeben wie den Professionellen aus Mitgliedsverbänden, an die sich Frauen als Rat und Hilfe Suchende wenden. Der wichtigste Tagesordnungspunkt der Mitgliederversammlung war die Wahl einer neuen Präsidentin. Gewählt wurde Christel Riemann-Hanewinckel, Parlamentarische Staatssekretärin a. D. und langjähriges Mitglied des Deutschen Bundestages. Mit dem Ende der letzten Legislaturperiode schied sie auf eigenen Wunsch aus dem Bundestag aus.

Fachtagung 2010

Die diesjährige Jahrestagung verknüpft die eaf verbindet Familie als Thema und Aufgabe der Evangelischen Kirche mit der Weiterentwicklung der eaf. Es geht um die Wahrnehmung der Interessen von Familien und Angeboten für Familien auf regionaler kirchlicher Ebene. Kirchengemeinden sind dabei nicht losgelöst von den politischen Gemeinden, in denen sie beheimatet sind. Welche Formen von Zusammenarbeit und Verknüpfungen sind denkbar, vielleicht auch schon vorhanden? Wie nehmen sich die Akteure in dem Feld ge-

genseitig wahr? Prof. Dr. Gerhard Wegner vom Sozialwissenschaftlichen Institut der EKD wird zu diesem Thema einen Vortrag halten.

Für unterstützende Angebote und für die Interessenvertretung von Familien sind die Mitglieder der eaf mit verantwortlich. Wie können die unterschiedlichen Arbeitsbereiche der Mitgliedsorganisationen besser miteinander zusammenarbeiten und wie können die einzelnen Gremien und Mitglieder des Gesamtverbandes sich gegenseitig wirksamer unterstützen, dies sind einige der gemeinsam zu beantwortenden Fragen der Fachtagung. Anknüpfungspunkte dafür bieten die Ergebnisse der Organisationsberatung. Diese werden Julia Pischetsrieder und Dr. Manfred Gellert einleitend vorstellen und daran knüpfen die einzelnen Arbeitseinheiten des Tages an. Dabei wird es z. B. in methodisch unterschiedlichen Arbeitsphasen um Kooperation innerhalb der eaf, Struktur und Arbeitsweisen der Gremien, die Erhöhung politischer Wirksamkeit, das Verhältnis von eaf und EKD und die Beteiligungsformen der Mitglieder gehen.

3.4 Internetauftritt der eaf

Unter der Domain www.eaf-bund.de wird umfassend Auskunft über die Arbeit der eaf gegeben. Die Website ist das schnellste und jederzeit zugängliche Informationsmedium über die Aktivitäten der eaf. Alle Stellungnahmen, Pressemitteilungen und die Newsletter der eaf sowie Inhaltsverzeichnisse der Familienpolitischen Informationen der eaf und ältere Ausgaben im Archiv sind dort einsehbar. Zudem gibt es Informationen zur Arbeitsweise der eaf und ein Verzeichnis ihrer Mitgliedsverbände sowie eine Publikationsliste, einen Veranstaltungskalender, die Satzung etc. Die grafische Anpassung an die Gestaltung anderer Produkte der eaf bietet ein einheitliches Gestaltungsbild und schafft den Wiedererkennungseffekt, der im Bereich der politischen Kommunikation notwendig ist.

Esther-M. Ullmann-Goertz und Janina Haase sind mit der Pflege und Weiterentwicklung der eaf-Homepage betraut. 2009 wurde ein passwortgeschützter Mitgliederbereich neu eingerichtet, der insbesondere den Gremien der eaf den schnellen Zugriff auf Protokolle und Unterlagen ermöglicht. Die Website wurde durch Fotos aus aktuellen Arbeitszusammenhängen erweitert. Über ein Content-Management-System können die meisten Aktualisierungen in der Geschäftsstelle zeitnah erledigt werden. Auf der Website der eaf kann über die Verlinkung zu den Mitgliedern und deren Arbeit schnell ein Überblick über die vielfältigen Arbeitsgebiete gewonnen werden.

3.5 Veröffentlichungen

Flyer

Der allgemein über die eaf informierende Flyer wurde grafisch dem etwas veränderten Design der übrigen Publikationen angepasst und neu aufgelegt sowie eine englische Version erstellt.

Familienpolitische Informationen

Die Fachzeitschrift „Familienpolitische Informationen“, erscheint sechsmal jährlich. Zentraler Bestandteil jeder Ausgabe ist ein wissenschaftlicher Artikel zu einem aktuellen familienpolitischen Thema, daneben erscheinen Stellungnahmen, Nachrichten und Hinweise auf Veröffentlichungen sowie Buchempfehlungen. Redaktionell zuständig ist Sabine Mundolf.

Im Berichtszeitraum wurden u. a. Beiträge zu folgenden Themen veröffentlicht:

- Alter
- Behindertenrechtskonvention
- Elterngeld
- 10-Punkte-Programm der eaf
- Frauen in Deutschland (Ost/West)
- Geschlechterverhältnis
- Kleine Lebenskreise
- Koalitionsvertrag (Stellungnahme)
- Pflege
- Solidarität und Subsidiarität
- Unterhaltsrecht
- Väter
- Zeit

Newsletter

Der Newsletter der eaf erscheint im ca. sechswöchigen Rhythmus und kann von jedem über die Website der eaf abonniert werden. Er informiert übersichtlich über familienpolitische Entwicklungen, Tagungen und die Arbeit der eaf. Er sammelt Meldungen aus fachspezifischen Mailinglisten, aus dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und aus dem Deutschen Bundestag, dem Statistischen Bundesamt, der Tagespresse und Veröffentlichungen zu wichtigen aktuellen familienpolitischen Aspekten. Außerdem gibt der Newsletter Auskunft über die aktuelle Arbeit in den Gremien der eaf sowie Hinweise auf Veranstaltungen und aktuelle Berichte, die sich mit verschiedenen Forschungsgebieten von Familienfragen befassen. Im Newsletter werben eaf-Mitgliedsverbände für ihre Veranstaltungen oder geben Informationen über Neuerscheinungen im Feld ihrer Öffentlichkeitsarbeit.

Redaktionell zuständig ist Esther Ullmann-Goertz.

Pressemitteilungen

Folgende Pressemitteilungen sind im Berichtszeitraum erschienen:

- *Was sind uns die Bildung und Erziehung unserer Kinder wert?* Die eaf kritisiert das Ergebnis der Tarifverhandlungen für Erzieherinnen, 29. Juli 2009
- *Kinderarmut – eine europäische Herausforderung!*, Pressemitteilung der AGF, 28. August 2009
- *Christel Riemann-Hanewinckel zur neuen Präsidentin der eaf gewählt*, 22. September 2009
- *AGF fordert die Einlösung der Wahlversprechen!*, Pressemitteilung der AGF, 16. Oktober 2009
- *Häusliche Pflege von Familienangehörigen: Neue Broschüre der eaf erschienen – Einladung zum gesellschaftlichen Diskurs*, 19. November 2009
- *Betreuungsgeld ist ein sozial- und gleichstellungspolitischer Rückschritt*, Gemeinsamer offener Brief von 16 Verbänden an Bundeskanzlerin Merkel, 2. Dezember 2009
- *Regelsätze auf verfassungswidriger Grundlage!* – Bundesverfassungsgericht rügt Berechnung -, 9. Februar 2010
- *Familien brauchen Zeit für Gemeinsamkeit!*, 25. März 2010

- *Elterngeld: Ausweitung der Partnermonate ist wichtig*, 9. April 2010
- *Kinder sind systemrelevant!*, 12. Mai 2010
- eaf und FdK fordern bessere Unterstützung pflegender Angehöriger *Familien sind der größte Pflegedienst der Nation*, Pressemitteilung von eaf und FdK, 14. Mai 2010
- *Familienorganisationen: Wirtschaftskrise muss Anlass für langfristige Konzepte sein*, Pressemitteilung der AGF, 4. Juni 2010
- Verbände und DGB fordern: *An Kindern und Familien darf nicht gespart werden!* Pressemitteilung von sechs Verbänden zur Fokuswoche gegen Armut und soziale Ausgrenzung, 25. Juni 2010

Weitere Publikationen

Publikationen von haupt- und ehrenamtlich bei der eaf tätigen Personen, z. B.:

Gerhard, Prof. Dr. Ute

- *Frauen in Deutschland Ost und West. Getrennte Erfahrungen – gemeinsame Zukunft*, in: Familienpolitische Informationen, Nr. 5, September/Okttober 2009, S. 1 - 5
- *Frauenbewegung und Feminismus. Eine Geschichte seit 1789*, München 2009: C. H. Beck „Wissen“
- *Gleichheit angesichts der Unterschiede*, Im Gespräch, in: Psychologie Heute, 37. Jg., Heft 7, Juni 2010, S. 32 - 33
- *Die neue Geschlechter(un)ordnung, oder: Wie wir leben wollen*, demnächst in: Feministische Studien 2/2010.

Keil, Prof. Dr. Dr. Siegfried

- *Ideologisierung und Realität der Familie*, in: R.-B. Schmidt u. a. (Hg.), *Vielfalt wagen*, Festschrift für Uwe Sielert, Logos Verlag Berlin 2009
- *Siegfried Keil, PH Ruhr - Höhepunkt und Integration 1972 - 1980. Erinnerungen ihres letzten Rektors*, in: *Die Lehrerbildung an Rhein und Ruhr im 20. Jahrhundert. Symposium anlässlich des 40-jährigen Jubiläums der Eröffnung der Duisburger Gebäude der Pädagogischen Hochschule Ruhr im Wintersemester 1968/69 am 4./5. Dezember 2008*. DUEPublico: Schriften aus Archiv und Bibliothek der Universität Duisburg-Essen, hrsg. von Ingo Runde, Duisburg 2010 (im Druck)

Mundolf, Sabine

- *Starke Familie – Solidarität, Subsidiarität und kleine Lebenskreise, Kommissionsbericht der Robert Bosch Stiftung*, in: Familienpolitische Informationen, Nr. 5, September/Oktober 2009
- *Das Unternehmen – das gierige Kind*, in: Familienpolitische Informationen Nr. 4, Juli/August 2010

Riemann-Hanewinckel, Christel

- *Nichts über uns ohne uns. Die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen*, in: Familienpolitische Informationen, Nr. 3, Mai/Juni 2010

- „Frauen brauchen nicht nur die Hälfte des Himmels“, Internationale Herausforderungen aus der Perspektive politischen Handelns, Dokumentation der Fachtagung der Hochschule Merseburg „Sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte im nationalen und internationalen Kontext“, Nomos Verlag 2010
- „Ohne Frauen ist kein Staat zu machen“ in: „Das war´s!“, Hrsg. Uhrig-Lammerson/Martenson, Berlin 2009

Schöningh, Dr. Insa

- Kommentar zum Tarifabschluss der Erzieherinnen „*Was ist uns Erziehung wert?*“ in: *Die Kirche*, 16. Juli 2009
- Interview mit Reformatorisch Dagblad (Niederlande) zur Familienpolitik in Deutschland, 24. September 2009

Ullmann-Goertz, Esther-Marie

- *Häusliche Pflege von Familienangehörigen – Handreichung der eaf: Eckpunkte für eine gemeindenahe Pflege*, in: Familienpolitische Informationen, Nr. 6, November/Dezember 2009

4. KOOPERATIONEN

4.1 Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Familienorganisationen e. V. (AGF)

Die AGF-Verbände trafen sich fünfmal zu Sitzungen der Geschäftsführer und Geschäftsführerinnen und hielten zwei Mitgliederversammlungen ab. Die AGF veröffentlichte 2009 und 2010 mehrere Pressemitteilungen (www.ag-familie.de).

Am 31. August und 1. September 2009 veranstaltete die AGF in Kooperation mit der Europäischen Akademie die Fachkonferenz „Kinderarmut - eine europäische Herausforderung“. Inzwischen ist die Dokumentation dieser Veranstaltung erschienen.

Dr. Insa Schöningh war in die Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Tagung intensiv eingebunden. In Vorbereitung der Tagung wurde von der AGF in Zusammenarbeit mit der Arche, Berlin, eine Fotoausstellung von Kindern realisiert. Ergänzt wurden die Fotos der Berliner Kinder mit denen eines ähnlichen Projektes aus Schottland. Die Ausstellung wurde im Beisein der jungen Fotografen und Fotografinnen im Roten Rathaus in Berlin gezeigt und kann als Wanderausstellung bei der AGF ausgeliehen werden.

Aus der Tagung und einem vorausgehenden internationalen Fachgespräch in 2008 ist ein **„Positionspapier zur Bekämpfung und Vermeidung von Kinderarmut in der EU“** hervorgegangen, das von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Konferenz verabschiedet worden war. Seit Beginn 2010 wird um die Unterzeichnung möglichst vieler - nationaler wie internationaler - Verbände geworben.

http://ag-familie.de/files/Positionspapier_Kinderarmut.pdf

Am April war die AGF zu Gast bei Bundespräsident Köhler. Dabei ging es um familienpolitische Schwerpunkte der Verbände, aber auch um die Fälle sexualisierter Gewalt gegenüber Kindern und Jugendlichen in Internaten, deren Ausmaß in den Wochen vor dem Gespräch besonders deutlich wurde.

4.2 Mitarbeit in Gremien

Die Mitarbeiterinnen der eaf-Geschäftsstelle sowie ehrenamtliche Präsidiums- und Ausschussmitglieder arbeiten in zahlreichen Gremien, Institutionen und Zusammenschlüssen mit, um das Ziel der Begleitung familienpolitischer Vorhaben und Entwicklung neuer Konzepte zur Verbesserung der Lebenssituation von Familien im Verbund mit anderen Institutionen zu verwirklichen.

In folgenden Gremien und Institutionen arbeitet die eaf regelmäßig aktiv mit (in alphabetischer Reihenfolge):

Arbeitsgemeinschaft für allein erziehende Mütter und Väter im Diakonischen Werk der EKD (agae)

Mitglied: Esther-M. Ullmann-Goertz

Die agae traf sich turnusmäßig zweimal in Eisenach. Inhaltlich befasste sie sich mit dem Thema „Allein, arm, krank?“ und anderen aktuellen familienpolitischen Themen, wie Bekämpfung von Kinderarmut, Integration von Alleinerziehenden auf dem Arbeitsmarkt, den Änderungen in familienrechtlichen Verfahren und der Reform des Unterhaltsrechts nach dem Bundesgerichtshofentscheid (vom 18. März 2009) zum Anspruch auf nahehelichen Betreuungsunterhalt. Eine Sitzung findet traditionsgemäß mit den Bündnispartner-Organisationen der Alleinerziehenden (SHIA, VAMV, AGIA) statt. Die agae arbeitet in Kleingruppen an verschiedenen Projekten. Es soll das Selbstverständnispapier der agae von 2002 aktualisiert werden. Ein Merkblatt als Wegweiser für erste Schritte bei Trennung und Scheidung, analog zu der Veröffentlichung „Vereinbarungen für Eltern in Trennung und Scheidung“, soll entstehen. Die Frühjahrstagung fand teilweise zusammen mit der Evangelischen Konferenz der Beauftragten für die Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen (SKB) statt.

Bertelsmann Stiftung

Expertenkommission „Familie“

Mitglied: Prof. Dr. Ute Gerhard

Prof. Dr. Ute Gerhard (Ehrenpräsidentin der eaf) nahm an den Sitzungen der *Expertenkommission Familie* der Bertelsmann Stiftung teil.

Arbeitsgruppe Kinderschutzgesetz

Mitglied: Dr. Insa Schöningh

Das BMFSFJ will bis zur Sommerpause 2010 einen Referentenentwurf eines Kinderschutzgesetzes erarbeiten. Vorbereitend dazu ist ein Konsultationsprozess mit zahlreichen Organisationen und Verbänden initiiert worden. Auch die EKD ist dazu eingeladen, die – vertreten durch Nele Allenberg – die Sitzungen der Unterarbeitsgruppe 1, „Frühe Hilfen und Qualifizierung des Schutzauftrages“, selbst wahrnimmt. An der Unterarbeitsgruppe 2, „Ausbau vernetzter Strukturen und Stärkung der Wissensbasis“, nimmt für die EKD die eaf – vertreten durch Dr. Insa Schöningh – teil. Umfänglich erörtert werden in den Arbeitsgruppen die Fragen, ob es ein polizeiliches Führungszeugnis auch für Ehrenamtliche in der Jugendarbeit geben sollte, ob eine verpflichtende oder eine fakultative Befugnisnorm für Berufsheimnisträger dem Kinderschutz besser diene sowie Verfahren zur Verbesserung der Datenlage beim Kinderschutz.

Bundesforum Familie (BFF)

Mitglied der Steuerungsgruppe: Wolfgang Hötzel

Die Steuerungsgruppe des Bundesforums Familie traf sich im Berichtszeitraum fünfmal. Die eaf nahm an den Sitzungen der Steuerungsgruppe teil. Außerdem fand eine Mitgliederversammlung statt. 2009 war in finanzieller Hinsicht ein schwieriges Jahr für das Bundesforum Familie, so dass auch Arbeitsweisen neu geordnet werden mussten.

Das neue Thema Schwerpunktthema des BFF ist „Familie und Gesundheit“, dies wurde aufbauend auf den 13. Kinder- und Jugendbericht gewählt. Wolfgang Hötzel vertritt die eaf in der Steuerungsgruppe des BFF.

Bundesarbeitsgemeinschaft Ev. Familien-Bildungsstätten e. V. (BAG)

Mitglied im Vorstand: Dr. Insa Schöningh

Die Bundesgeschäftsführerin nahm als Beisitzerin an den Sitzungen des Vorstandes teil. Der Vorstand trat im Berichtszeitraum dreimal zusammen. Neben den Informationen zur laufenden Arbeit in der Bundesgeschäftsstelle der BAG und in den Familienbildungsstätten beschäftigte sich der Vorstand mit der Vorbereitung der Mitgliederversammlung und Jahrestagung im Herbst 2009. Die BAG hat derzeit einen Schwerpunkt in der frühen religiösen Bildung. Dazu gehört die Arbeitshilfe „Aufwachsen mit Gott“, ebenso wie der Vortrag von Prof. Dr. Frieder Harz zur frühen religiösen Erziehung.

Deutsche Ev. Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (DEAE), Fachgruppe Familien- und Generationenbezogene Erwachsenenbildung

Mitglied: Esther-M. Ullmann-Goertz

Die Kommission macht als fachliches Beratungsgremium des Verbandes Vorschläge zur Weiterentwicklung der familienbezogenen Erwachsenenbildung. Sie tagt drei- bis viermal jährlich. Im Berichtszeitraum wurden von der Fachgruppe u. a. Fachtage und Expertengespräche wie beispielsweise die Tagung „Geborgenheit – Kontinuität - Zugehörigkeit: Übergänge begleiten und gestalten“ durchgeführt. Diese Veranstaltung richtete sich an Eltern-Kind-Gruppenleitungen, Erzieherinnen und Erzieher sowie Beraterinnen im Kindertagesstättenbereich und Fachleute aus der Erziehungsberatung. Eine neu besetzte Fachgruppe konstituierte sich im Juli 2010, die wiederum Fachtage zum Thema „Mehrgenerationenhäuser“ in der Region Thüringen und Hessen sowie Fachtage vorbereitete.

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (DV)

Fachausschuss Jugend und Familie

ständiger Gast: Dr. Insa Schöningh

Der Fachausschuss tagte im Berichtszeitraum viermal. Er befasst sich mit aktuellen familien- und jugendpolitischen Fragen, wie z. B. den ersten Erfahrungen im neuen Unterhaltsrecht, der anonymen Kindesabgabe, dem Koalitionsvertrag der Bundesregierung, den Folgen und Auswirkungen einer Verfassungsänderung „Kinderrechte in die Verfassung“ sowie der weiteren Verbesserung des Kinderschutzes. Außerdem wurden Empfehlungen zur Umsetzung gesetzlicher Änderungen im familiengerichtlichen Verfahren und zur Familienbildung im ländlichen strukturschwachen Raum sowie zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf erarbeitet und verabschiedet.

Arbeitskreis Familienpolitik

Mitglied: Sabine Mundolf

Der Arbeitskreis hat die familienpolitischen Vorhaben der Bundesregierung in der 17. Legislaturperiode beraten und diskutiert, insbesondere Änderungen im Vormundschaftsrecht und die erbrechtliche Gleichstellung nichtehelicher Kinder, die vor Juli 1949 geboren wurden. Beratungspunkte waren zudem Empfehlungen zur Umsetzung gesetzlicher Änderungen im familiengerichtlichen Verfahren sowie die Familienbildung im ländlichen strukturschwachen Raum. Zu allen Themen hat der DV Stellungnahmen bzw. Empfehlungen abgegeben.

Weitere Schwerpunkte waren die Weiterentwicklung des Elterngeldes, Änderungen des Unterhaltsvorschussgesetzes, die Evaluation familienbezogener Leistungen, Modelle der Kindergrundsicherung, Kinder- und Jugendarmut in der EU, das KJHG sowie die Pflege als familienpolitische Herausforderung (Berichterstattung Dr. Insa Schöningh) und die Lokalen Bündnisse für Familien.

Hauptausschuss:

Mitglied: Dr. Insa Schöningh

Der Hauptausschuss tagte im Berichtszeitraum einmal und beschäftigte sich mit der Jahresrechnung und dem Prüfbericht.

Deutsches Nationalkomitee des Weltfamilienverbandes / World Family Organisation (WFO)

Vertreterin der eaf: Dr. Insa Schöningh

Das Deutsche Nationalkomitee hielt eine Mitgliederversammlung im Berichtszeitraum ab. Die eaf ist Ende des Jahres 2009 aus der WFO ausgetreten.

Evangelische Familienerholung

Mitglied im Vorstand: Wolfgang Hötzel

Der Vizepräsident Wolfgang Hötzel ist Mitglied im Vorstand des Evangelischen Arbeitskreises Familienerholung im Diakonischen Werk der EKD und im Vorstand der Bundesarbeitsgemeinschaft Familienerholung. Außerdem ist er auch Mitglied des Kuratoriums der Evangelischen Stiftung Familienerholung. In diesen vielfältigen Engagements erarbeitete er ein Positionspapier zu Perspektiven und Strategien zur Weiterentwicklung der gemeinnützigen Familienerholung sowie einen Projektantrag zur Förderung der Weiterentwicklung der gemeinnützigen Familienerholung. Mit dem beantragten Projekt soll eine Fachstelle zur Koordinierung und Kooperation der Familienerholung aufgebaut werden.

International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR)

Mitglied im Vorstand: Dr. Insa Schöningh

Vom 12. bis 14. März 2010 fand in Malta die Tagung des ICCFR *Empowering families as sustainable partners in social policy* statt. Dr. Insa Schöningh ist Mitglied des Vorstands und hat die Tagung mit vorbereitet. Sie leitete drei Diskussionsgruppen und die Poster-Session. Für 2011 ist die Tagung vom 27. bis zum 29. Mai in Gent, Belgien, mit dem Titel „The family and social work: A successful ‚marriage‘“? geplant.

Ad-hoc-Kommission der EKD „Ehe und Familie stärken – Herausforderungen für die Familienpolitik“

Mitglied: Prof. Dr. Ute Gerhard

Beratend: Dr. Insa Schöningh

Die vom Rat der EKD berufene Kommission hat den Auftrag, eine kirchliche Stellungnahme und gesellschaftliche Orientierung für ein evangelisches Ehe- und Familienverständnis zu erarbeiten. Unter dem Vorsitz von Dr. Christine Bergmann, Bundesministerin a. D., und der Federführung von Cornelia Coenen-Marx, Kirchenamt der EKD, hat die Kommission im Berichtszeitraum fünfmal getagt und versucht, aus der Fülle möglicher Themenkomplexe und interdisziplinärer Ansätze, theologischer, soziologischer, ökonomischer und politischer Perspektiven sowie im Blick auf lebende und verantwortliche Familienwirklichkeiten einen überzeugenden EKD-Text zu erstellen.

Evangelisches Zentralinstitut für Familienberatung gGmbH (ezi)

Mitglied im Aufsichtsrat und in der Gesellschafterversammlung: Renate Augstein in Vertretung des Gesellschafters Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen e. V.

Christel Riemann-Hanewinkel ist als Expertin im Aufsichtsrat des ezi.

Beide haben regelmäßig an den Aufsichtsratsitzungen teilgenommen, Frau Augstein darüber hinaus an den Sitzungen der Gesellschafterversammlung. In dieser Zeit standen insbesondere Fragen zur Finanzierung und zu Kooperationen auf der Tagesordnung, ferner Satzungsänderungen und die Frage der Erweiterung der Gesellschafter.

Frauenstudien- und -bildungszentrum in der EKD (FSBZ)

Studiengruppe Neuer Feminismus

Mitglied: Sabine Mundolf

Die Studiengruppe befasst sich mit dem Standort und der Wirkungskraft des modernen Feminismus und untersucht, welche Anliegen und geschlechterpolitische Fragen junge Frauen heute in die öffentliche Diskussion einbringen. Sie beleuchtet die Thesen zu unbegrenzten Verwirklichungsmöglichkeiten im Kontrast zur gesellschaftlichen Realität und zur Lebensplanung junger Frauen.

In diesem Kontext wurde eine Veranstaltung vorbereitet, bei der sich am 28. Oktober in Kassel Gesprächspartnerinnen aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen (u. a. Dr. Eisenschmidt, Rat der EKD; Frederike Heller, Regisseurin; Manuela Schwesig, Ministerin Mecklenburg-Vorpommern.) über Chancengleichheit, Wahlfreiheit, partnerschaftliches Leben und Karriereplanung austauschen werden und Erwartungen aus der Sicht junger Frauen an Kirche, Politik und Gesellschaft formulieren.

Konferenz Kirchlicher Werke und Verbände (KKWV)

Mitglied im erweiterten Vorstand: Dr. Insa Schöningh

Der Vorstand tagte im Berichtszeitraum fünfmal. Die Bundesgeschäftsführerin ist Mitglied des erweiterten Vorstandes. Neben den Vorstandssitzungen tagte die Delegiertenversammlung zweimal. Die Delegiertenversammlung setzte sich im vergangenen Jahr mit dem Bericht der EKD „Im Alter neu werden“ (Altenbericht) auseinander. Im Vorfeld der Bundestagswahl veröffentlichte sie Wahlprüfsteine zu sozialpolitischen Fragen. Außerdem bereitete der Vorstand die Delegiertenversammlungen und den Stand der KKWV auf der EKD-Synode in Ulm vor.

Kooperationsgruppe im Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser beim BMFSFJ

Mitglied: Esther-M. Ullmann-Goertz

Die eaf vertritt die EKD bei der Arbeit in der Kooperationsgruppe. Die Kooperationsgruppe begleitet die Entwicklung des Bundesprogramms der Mehrgenerationenhäuser und traf sich zu drei Sitzungen. Neue institutionelle Verknüpfungen in dem Netzwerk der Mehrgenerationenhäuser gibt es durch die Kooperation mit der Deutschen Alzheimer Gesellschaft. Über 100 MGH's haben Angebote für Menschen, die an Demenz erkrankt sind. Basierend auf Erkenntnissen der Wirkungsforschung zeigt sich, dass MGH's mit hoher Steuerungskompetenz besonders erfolgreich arbeiten. MGH's im ländlichen Raum sind besondere Innovationen für die Entwicklung in ländlichen Regionen.

Präsidialversammlung des Deutschen Evangelischen Kirchentages

Mitglied: Prof. Dr. Ute Gerhard

Die Präsidialversammlung tagte vom 12. bis 14. Juni 2010 in Dresden, um den 2. Ökumenischen Kirchentag in München (1. bis 5. Juni) zu evaluieren und um den 33. Deutschen Evangelischen Kirchentag 2011 in Dresden vorzubereiten.

Runder Tisch Sexueller Kindesmissbrauch

Mitglied: Christel Riemann-Hanewinckel

Die Präsidentin der eaf, Christel Riemann-Hanewinckel, wurde zur Beteiligung am „Runden Tisch Sexueller Kindesmissbrauch“ eingeladen. Der „Runde Tisch“ konstituierte sich am 23. April 2010. Er wird voraussichtlich bis November 2011 arbeiten. Die Fortführung der Arbeit geschieht in drei Unter-Arbeitsgruppen: „Prävention – Intervention – Information“ (unter Leitung des BMFSFJ), „Forschung und Lehre“ (unter Leitung des BMBF) und „Durchsetzung des staatlichen Strafanspruchs und rechtspolitische Folgerungen - Anerkennung des Leidens der Opfer in jeglicher Hinsicht“ (unter Leitung des BMJ). Die eaf ist in allen Arbeitsgruppen vertreten.

Für die Arbeitsgruppe unter Leitung des BMJ konnte Christel Riemann-Hanewinckel die ehemalige Staatsanwältin Ruth Dringenberg-Enders, für „Forschung und Lehre“, Prof. Dr. Ulrike Busch (FH Merseburg, Fachbereich Angewandte Sexualwissenschaft) gewinnen. Leider musste Ruth Dringenberg-Enders nach einer Sitzung aufgrund gesundheitlicher Beschwerden ihre Teilnahme wieder absagen. Statt ihrer nimmt jetzt Prof. Dr. Kerstin Feldhoff (FH Münster) für die eaf in der AG des BMJ teil. An der Arbeitsgruppe unter Leitung des BMFSFJ nimmt Christel Riemann-Hanewinckel alternierend mit Sabine Hufendiek (ezi), Christoph Pompe (EKFuL) und Lutz-Ulrich Besser (Traumatherapeut) teil.

Um die Arbeit der verschiedenen Arbeitsgruppen und die parallel tagenden Arbeitsgruppen zum Kinderschutzgesetz (s. o.) zu koordinieren, wurde ein eaf-Runder Tisch notwendig. Dieser tagte im Berichtszeitraum zweimal am 16. Juni und am 8. Juli 2010.

Wissenschaftlicher Beirat für Familienfragen des BMFSFJ

Mitglieder: Prof. Dr. Irene Gerlach
Prof. Dr. Dr. Siegfried Keil

Prof. Dr. Dr. Siegfried Keil, Ehrenpräsident der eaf, und Prof. Dr. Irene Gerlach, Vorsitzende des Fachausschusses „Sozialpolitik und Recht“ der eaf arbeiten als Mitglieder des Beirats zurzeit an dem Gutachten Generationenpotentiale mit. Prof. Siegfried Keil gibt in die-

sem Jahr zum 40-jährigen Jubiläum des Beirats in dessen Auftrag ein Kompendium zur Familienpolitik heraus.

Zukunftswerkstatt Familie der SPD / Familienpolitischer Beirat

Mitglieder: Christel Riemann-Hanewinckel
Dr. Insa Schöningh

Die Zukunftswerkstatt traf sich am 21. April 2010 zu ihrer konstituierenden Sitzung des „Familienpolitischen Beirats“. Christel Riemann-Hanewinckel und Dr. Insa Schöningh vertreten die eaf im Familienpolitischen Beirat. Die in den bislang zwei Sitzungen behandelten Fragen sind die Bekämpfung der Kinderarmut und der Ausbau der sozialen Infrastruktur für Kinder.

4.3 Kooperationstagungen

Kooperationsverbund (BAG, BETA, DEAE, eaf, EKFuL, EZI)

Mitglied: Sabine Mundolf

Sabine Mundolf vertritt in diesem Bündnis die eaf.

Der Kooperationsverbund plante mit Treffen und Telefonkonferenzen zunächst eine gemeinsame Diskussionsveranstaltung, die auf dem Evangelischen Kirchentag in Dresden (1. - 5. Juni 2011) stattfinden sollte. Schwerpunkt sollte die Unterstützung junger Familien besonders in der ersten Familienphase sein mit Blick auf frühe Hilfen, Bildung, Beratung und familienpolitische Rahmenbedingungen als Prävention vor den Folgen von Belastungen und Schwierigkeiten, denen gerade jungen (Ehe-)Paare mit Kindern unterliegen. Dabei sollten Möglichkeiten aus den verschiedenen Fachbereichen der Verbände aufgezeigt werden, wie eine nachhaltige Unterstützung, die das Wohl des Kindes in den Mittelpunkt stellt, aussehen kann. Aus Kostengründen wurde von der Veranstaltung Abstand genommen. Es bestehen Überlegungen, sich auf dem Kinder- und Jugendhilfetag 2011 einzubringen.

Diskussionsthemen waren zudem auch das Selbstverständnis des Kooperationsverbundes und seiner Verbände sowie seine Ressourcen der Zusammenarbeit.

Kooperation Evangelische Akademie Thüringen

Mitglied: Sabine Mundolf

Mit dem Titel „Asynchron. Zeit in Familie und Gesellschaft“ – Von der vertakteten Kindheit bis zum Pflegestress“ erarbeitet die Kooperationsgruppe unter Leitung der Ev. Akademie Thüringen (Diakonie Mitteldeutschland, eaf, Ev. Erwachsenenbildung Thüringen) eine Veranstaltung, die sich mit der Schwierigkeit befasst, die internen Zeitabläufe von Familien und die externen gesellschaftlichen Herausforderungen zu vereinbaren. Hier soll sich der Blick auf die Bedürfnisse von Kindern und hilfebedürftigen alten und pflegebedürftigen Menschen richten, die in starkem Kontrast zum Phänomen der zunehmenden Beschleunigung der Zeitabläufe in unserem Leben stehen. Menschen aus der Praxis, Familienarbeit, Pflege und Betroffene werden sich dazu am 18./19. November 2010 über Erfahrungen, Unterstützung und Ausblick zu dieser Thematik austauschen. Die Tagung findet in der Evangelischen Akademie Thüringen, Neudietendorf bei Erfurt, statt.

Ökumenischer Kirchentag 2010

Vorbereitung: Sabine Mundolf
Dr. Insa Schöningh

Gemeinsam mit dem Familienbund der Katholiken bereiteten Dr. Insa Schöningh und Sabine Mundolf eine Podiumsdiskussion zum Thema „Pflege in der Familie“ vor.

Den Impuls zur Veranstaltung am 14. Mai 2010 gab Christel Riemann-Hanewinckel. Auf dem Podium diskutierten: Ilse Biberti, Autorin und Regisseurin, Berlin; Franz Müntefering MdB, Bundesminister a. D., Berlin; Regina Neumann-Busies, Pädagogin, Elder-Care-Beraterin Fa. Henkel, Düsseldorf; Dr. Philipp Rösler, Bundesgesundheitsminister, Berlin; Barbara Stamm MdL, Landtagspräsidentin, Vizepräsidentin FDK, München. Moderation: Wolfgang Küpper vom Bayerischen Rundfunk, München moderierte die Veranstaltung, die mit ca. 700 Teilnehmern und Teilnehmerinnen gut besucht war. Die Politiker und Experten auf dem Podium stimmten überein, dass pflegende Angehörige mehr gesellschaftliche Anerkennung verdienen und stärker unterstützt werden müssen, machten allerdings diesbezüglich wenig konkrete politische Vorschläge.

Über diese Veranstaltung berichtete u. a. die Süddeutsche Zeitung unter der Überschrift „Selbst Rösler will nicht ins Pflegeheim“ am 15. Mai 2010.

Veranstaltung „Pflegerische Angehörige unterstützen. Perspektiven aus Kirche, Politik und Wirtschaft“

Vorbereitung: Dr. Insa Schöningh

Die Veranstaltung wurde vom Bevollmächtigten des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland bei der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union gemeinsam mit der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Familienfragen e. V. und der Evangelischen Akademie zu Berlin und Brandenburg am 4. März 2010 vorbereitet und veranstaltet. Neben Kerstin Griese, Dr. Matthias von Schwanenflügel und Sonja Lambert vertrat Christel Riemann-Hanewinckel in der Podiumsdiskussion die eaf. Vorbereitend auf Seite der Geschäftsstelle der eaf war Frau Dr. Schöningh.

4.4 Mitwirkung (Tagungen, Seminare) / Medien

Gerhard, Prof. Dr. Ute

- Fachtagung des Deutschen Jugendinstituts e. V., München, Doing Family - Familienalltag heute, Podiumsdiskussion zum Parlamentarischen Abend *Das neue Unterhaltsrecht: Chancen, Risiken und Nebenwirkungen für Familien* Berlin, Hotel Aquino, Tagungszentrum Katholische Akademie, 4./5. November 2009
- Vortrag *Wertewandel in Bezug auf Ehe und Partnerschaften* in der Universität des 3. Lebensalters in Frankfurt, 26. April 2010
- *Plädoyer für eine europäische geschlechtergerechte Sozialpolitik* zum Podium *Brot, Lippenstift und Rente – was Frauen weltweit zum guten Leben brauchen* im Frauenzentrum, 2. Ökumenischer Kirchentag vom 12. bis 16. Mai 2010

Riemann-Hanewinckel, Christel

- Interview mit dem Evangelischen Pressedienst zum Thema „Pflege“ am 25. Februar 2010

- Vortrag „ Internationale Herausforderungen aus der Perspektive politischen Handelns“ zur Fachkonferenz der Hochschule Merseburg „Sexuelle und reproduktive Rechte im nationalen und internationalen Kontext“, 14. Januar 2010
- Vortrag bei der Heinemann-Friedensinitiative in Siegen, „Die sogenannte ‚friedliche Revolution‘ 1989 aus der Frauenperspektive“, 12. März 2010
- Vortrag zur familienpolitischen Konferenz „Was Familien brauchen!“, Siegen, 12./13. März 2010
- Impuls *Die Pflege ein Pflegefall?*, Ökumenischer Kirchentag 14. Mai 2010
- Vortrag *Wie geht Politik mit den Alten um? – eine kritische Analyse* im Rahmen der Fachtagung *Viele Gebrechen umgeben den Greis (Horaz) – Zum Umgang mit dem Altern in der Medizin, Kultur und Religion*, Ev. Akademie Sachsen-Anhalt, Wittenberg, 20. Juni 2010
- Grußwort auf dem Familienkongress der eaf Baden „Kirche für Familien?“, 26. Juni 2010

Schöningh, Dr. Insa

- Impulsreferat *Geht nicht, gibt's nicht? – Was Familienzentren und Kirchen leisten können und was Familienzentren dafür brauchen*, der Fachtagung *Im Zentrum: Familie*, Verband Evangelischer Tageseinrichtungen für Kinder Berlin-Brandenburg-Schlesische Oberlausitz e. V., Berlin, 17. November 2009
- Moderation des Workshops *Familienunterstützende Dienstleistungen in Europa*, Deutscher Verein in Kooperation mit dem BMFSFJ und ISS, Hotel Aquino, Berlin, 29. Januar 2010
- Vortrag *Pflege als Familienpolitische Herausforderung* beim Arbeitskreis Familienpolitik des Deutschen Vereins am 29. April 2010
- Teilnahme an der Podiumsdiskussion „Work-Life-Balance: Ein Anliegen der ganzen Gesellschaft“ auf der Tagung „Familienfreundliche Personalpolitik“ der Ev. Akademie Tutzing in Rothenburg ob der Tauber 18./19. Juni 2010

Ullmann-Goertz, Esther-M.

- *Eltern- und Familienbildung und lebenslanges Lernen*, Fachtagung der DEAE, 29. September 2009
- Tagung *Europäische Förderung für bürgerschaftliches Engagement*, Deutscher Verein, 15. Januar 2010
- *Geborgenheit – Kontinuität – Zugehörigkeit: Übergänge begleiten und gestalten für Kinder unter 3 Jahren*, Fachtagung der DEAE, 27. Januar 2010

5. LANDESARBEITSKREISE

5.1 Konferenz und Arbeitstreffen

Zum Arbeitstreffen der Landesarbeitskreise/Landesverbände 2009 versammelten sich Geschäftsführende und Vorstandsmitglieder am 11. und 12. Dezember in Berlin. In einem Workshop wurden wirkungsvolle Öffentlichkeitsaktionen erarbeitet. Die Präsidentin Christel Riemann-Hanewinkel lernte die Vertreter und Vertreterinnen der Landesarbeitskreise/Landesverbände kennen. Es wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, die öffentlichkeitswirksame Aktionen zum Thema „Pflege“ auf regionaler und bundesweiter Ebene vorbereitet.

Die Geschäftsführenden der Landesarbeitskreise/Landesverbände trafen sich am 17. und 18. März 2010 in Hannover zu ihrer jährlichen Konferenz der Landesgeschäftsführungen (LGFK), wobei sie sich gegenseitig über die Familienpolitiken in den Ländern und Landeskirchen und die Aktivitäten der eaf LAK's informierten.

5.2 Tätigkeitsberichte der Landesarbeitskreise

eaf Baden

Die eaf Baden hat sich vier Jahren nach ihrer Gründung weiter konsolidiert und ist ein wichtiges Netzwerk der familienbezogenen Arbeit der Evangelischen Landeskirche in Baden und ihrer Diakonie geworden. Die Kooperation über die einzelnen Fachbereiche hinaus ist gelungen. Ebenso ist die eaf Baden auf landeskirchlicher Ebene eine wichtige Ansprechpartnerin für den Themenbereich Familie, wird mit ihren fachlichen Ressourcen häufig angefragt und in wichtige familienpolitische Beratungsprozesse einbezogen. Dieses familienpolitische Netzwerk stellt ein Modell für die Kooperation auf Gemeinde bzw. Bezirksebene dar. Das Interesse an der eaf Baden spiegelt sich ebenso in vermehrten Anfragen zur Mitarbeit und Mitgliedschaft wieder.

Kongress „Kirche für Familien“

Die Aktivitäten im Jahr 2009 waren von der Vorbereitung des Familienkongresses „Kirche für Familien“ am 26. Juni 2010 in Karlsruhe bestimmt. Ehrenamtliche und Hauptamtliche, die in Kirchengemeinden und in der Familienarbeit engagiert sind, Familien sowie auch interessiertes Fachpublikum waren eingeladen, sich in Vorträgen und Workshops mit der Frage auseinanderzusetzen, wie Kirche/Kirchengemeinde eine Heimat für Familien sein kann. Das Tagesdesign, mit zwei Vorträgen von Prof. Dr. Michael Domsgen (Universität Erfurt) und fünfzehn Workshops zu allen wichtigen Themen, die Familien betreffen, bot eine Fülle von Anregungen sowie ein Forum zur Auseinandersetzung und Ideenentwicklung. Ziel des Kongresses war es neben der inhaltlichen Auseinandersetzung vor allem, praktische Impulse für die Arbeit vor Ort zu geben. Der Kongress wurde von allen eaf Mitgliedern mitgestaltet und mitgetragen. Um dem Transfer in die Praxis noch mehr Anschub zu geben, wurde ein begleitender Wettbewerb „Wer knüpft das beste Netz für Familien?“ ausgerufen, der am Kongresstag selbst eröffnet wurde. Die offizielle Preisverleihung wird auf der Landessynode 2011 durch die Synodalpräsidentin erfolgen. Die Preise werden schwerpunktmäßig aus „man- bzw. womenpower“ bestehen. Beratung, Coaching und Workshops vor Ort sollen die jeweiligen Projekte unterstützen und weiterentwickeln.

Die eaf Baden hat mit diesem Kongress von Anfang an die Rückbindung an die innerkirchlichen Strukturen und Gremien gesucht und so ist diese Veranstaltung ein weiterer Meilenstein der familienpolitischen Arbeit in der Evangelischen Landeskirche Baden.

Der Kongress wurde mit einem abschließenden familienpolitischen Statement der eaf Baden beendet. Die Ergebnisse sowie das Statement werden auf der Herbstsynode der Evangelischen Landeskirche in Baden 2010 vorgestellt und sollen Grundlage der weiteren eaf Arbeit in Baden sein. Eine Dokumentation des Kongresses kann über www.FamiliennetzBaden.de abgerufen werden.

Alleinerziehenden-Arbeit

Der Landesfamilienrat Baden-Württemberg hat in seiner Mitgliederversammlung 2009 den Arbeitsschwerpunkt Alleinerziehenden-Arbeit vereinbart. Es wurde ein Ausschuss eingerichtet, der in den nächsten zwei Jahren dazu arbeiten wird. In diesen Ausschuss wurden aus der eaf Baden eine Vertreterin der evangelischen Landeskirche in Baden eine Vertreterin des Diakonischen Werk Badens berufen.

Hertie Audit zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Der Evangelische Oberkirchenrat hat 2008 das Zertifikat der Hertie Stiftung zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf verliehen bekommen. Das Audit ist inzwischen in der Organisation angekommen und gut verankert. Viele der im Maßnahmenkatalog vereinbarten Projekte und Aktivitäten konnten umgesetzt werden. Schwerpunkt im Jahr 2010 wird das Thema „Vereinbarkeit von Pflege und Familie“ sein. Neben einer breiten Informationskampagne über alle Themen „rund um die Pflege“ möchten wir ein Fortbildungsangebot konzipieren, eine Angehörigengruppe sowie eine Beratungshotline einrichten.

Religion von Anfang an

Seit 2005 wird der Ausbau der Krippenplätze für unter Dreijährige in Kindertageseinrichtungen politisch vorangetrieben. Für evangelische Kindertageseinrichtungen bedeutet dies, dass sie sich auch neuen religionspädagogischen Herausforderungen stellen müssen. Die jetzt erschienene Handreichung „Religion von Anfang an“ nimmt auf, dass sich Religiosität in vielfältiger Weise ab der Geburt gestalten und entwickeln lässt. Die Handreichung kann unter folgenden Internetadressen bestellt werden: rpibaden@ekiba.de oder kita@diakoniebaden.de.

Kinderlounges

Immer mehr Kinder und Jugendliche suchen Schutz und Hilfe in Bahnhofsmissionen. An sechs Bahnhöfen im Südwesten werden nun Kinderlounges in evangelischer, katholischer und ökumenischer Trägerschaft eingerichtet, die für die besonderen Bedürfnisse dieser Zielgruppe konzipiert wurden. Initiatorin ist die Geschäftsstelle der Bahnhofsmission im Diakonischen Werk Baden. Damit wird das Angebot „kids on tour“ (www.bahn.de) ergänzt. www.diakoniebaden.de/aktuelles/bahnhofsmission1.php

Ökumenische Zusammenarbeit

Die ökumenische Zusammenarbeit mit der Erzdiözese Freiburg hat sich weiter verfestigt und ist von einer konstruktiven und guten Zusammenarbeit geprägt. Auf dem Ökumenischen Kirchentag in München fand an einem gemeinsamen Stand eine Gesprächsrunde mit der eaf Baden zu Ökumene und Familie statt.

Weitere Aktivitäten und Projekte der eaf Mitglieder

Die Evangelische Arbeitnehmerschaft Baden (EAN) hat im Jahr 2009 zwei erfolgreiche Tagungen für Familien und Fachleute durchgeführt: „Halt geben, Halt sagen -. Grenzen setzen“ sowie eine Abendveranstaltung mit Prof. Dr. Anne Lenze zum Thema „Was leistet die Familie für die Gesellschaft, was leistet die Gesellschaft für die Familie“.

Der im Jahr 2009 gegründete erste Standort des Projektes *Wellcome*, der Frauenarbeit der Evangelischen Landeskirche in Baden und dem Diakonischen Werk Freiburg hat sich zu einem festen Angebot entwickelt und wird von der Frauenarbeit fachlich begleitet. Weitere vier Standorte sollen mit verschiedenen Kooperationspartnern in der Evangelischen Landeskirche Baden initiiert werden.

Das Referat Familienpflege/Dorfhilfe führte zum zweiten Mal mit großer Resonanz die *Qualifizierungsmaßnahme „Haushalts und Alltagsmanagement“* für Mitarbeitende in der häuslichen Unterstützung von jungen Familien/Alleinerziehenden durch, die mit einem Zertifikat des Diakonischen Werkes Baden abschließt. Neben den speziellen Fachkräften der Familienpflege, soll es möglichst flächendeckend viele weitere Fachkräfte geben, die rasch und kompetent in familiären Krisensituationen einspringen können.

„*Die Frau als Mitschöpferin*“, so der Titel eines Studientages zu Spiritualität von Schwangerschaft und Geburt, der in ökumenischer Zusammenarbeit von der Evangelischen Frauenarbeit Baden und der Katholischen Frauengemeinschaft der Erzdiözese Freiburg veranstaltet wurde.

Familienpolitik des Landes Baden-Württemberg

Der Landesfamilienrat

ist der Zusammenschluss von Verbänden und Organisationen, die landesweit in der Arbeit mit und für Familien engagiert sind. Die eaf Baden ist über die Delegierten der Evangelischen Landeskirche in Baden und des Diakonischen Werkes Baden vertreten. Der Landesfamilienrat hat im Jahr 2009 mehrere Grundsatzpapiere verfasst, die das Ergebnis einer intensiven Fachgruppenarbeit waren:

„Familien fördern, Kinder schützen“, Positionspapier zum Kinderschutz

„Familie und Schule“. Der Landesfamilienrat beteiligte sich an der allgemeinen Bildungsdiskussion und hat ein Positionspapier mit zentralen Thesen zur Schule aus Familiensicht in einer Broschüre veröffentlicht.

Eine viel beachtete Tagung zur *Vereinbarkeit von Familie und Pflege* mit dem Titel „Zwischen Pflegebett und Bürostuhl“ im Juni 2009 war die Grundlage des Positionspapiers „Rund um die Uhr Angehörige zwischen Beruf und Pflege“. www.landesfamilienrat.de

Stiftung Kinderland

Gemeinnützige Erziehungs- und Bildungsprojekte, gefördert durch die Stiftung Kinderland, sollen dazu beitragen, dass Kinder und Familien optimale Lebens- und Entwicklungschancen in Baden Württemberg vorfinden. Dazu gehören Bildungsprojekte in Kindergärten und andere Modellvorhaben.

Landesprogramm Stärke

Das Landesprogramm „Stärke“ zur Eltern- und Familienbildung möchte mit einem Gutschein von € 40 pro Elternpaar eines Neugeborenen die Elternkompetenz stärken. „Stärke“ legt den Fokus auf das erste wichtige Lebensjahr und wird von vielen Bildungsträgern und Verbänden in Baden-Württemberg genutzt.

Kindermedienland Baden-Württemberg

Diese Initiative des Landes Baden-Württemberg möchte die Stärken und Schwächen der modernen Medien für Kinder und Jugendliche aufzeigen. Insbesondere sollen Kinder aus Migrationsfamilien erreicht werden. Aktuell wird ein Internetportal aufgebaut: www.kindermedienlandbw.de.

Sonderausschuss „Konsequenzen aus dem Amoklauf in Winnenden“

Der Landtag Baden-Württemberg hat einen Sonderausschuss einberufen, der sich mit den Ursachen, Abläufen und Konsequenzen in Winnenden vom 11. März 2009 befasst.

Agenda für Vereinbarkeit , Bildung und Beruf

Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu stärken, hat die Landesvereinigung baden-württembergischer Arbeitgeberverbände eine Agenda zur Vereinbarkeit, Bildung und Ausbildung unterzeichnet. Im Mittelpunkt steht das Projekt Fa.i.B.Le. (Familie in Beruf und Leben) mit mehreren Modulen, u. a. TECHNOLinoFrühkindliche Förderung in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften etc.; Kooperation Kindergarten-Schule-Eltern; Koordinierungsstelle zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf (familyNet).

Runder Tisch „Integration gemeinsam schaffen“

Der runde Tisch möchte auf dem Hintergrund des Landesintegrationsplanes Eltern mit Migrationshintergrund erreichen, um die Bildungserfolge ihrer Kinder positiv zu beeinflussen.

Hannelore List
Geschäftsführerin

eaf bayern e. V.

Familienpolitische Entwicklungen in Bayern

Anlässlich des Doppeljubiläums „40 Jahre Bayerischer Landesbeirat für Familienfragen“ - 50 Jahre AGF in Bayern“ lud die bayerische Staatsregierung am 4. Dezember 2010 zu einem Staatsempfang ein. Ministerpräsident Seehofer bedankte sich bei den Familienverbänden „als geschätzte Ratgeber der bayerischen Politik“. Gleichzeitig unterstrich er, dass sich trotz knapper Kassen die familienbezogenen Programme und Fördermaßnahmen 2010 „noch einmal deutlich auf 1,73 Milliarden Euro steigern“. Bayern ist damit weiterhin eines der wenigen Bundesländer mit eigenem Landeserziehungsgeld als Anschlussleistung zum Bundeselterngeld.

Erziehung, Bildung, Betreuung: Derzeit steht für rund 22 Prozent der unter Dreijährigen ein Betreuungsplatz zur Verfügung - der Bedarf liegt nach Berechnungen des Deutschen Jugendinstituts für Bayern bei 31 Prozent. Das Sozialministerium ist überzeugt, dieses Ausbauziel bis Ende 2012 und damit ein Jahr früher als geplant zu erreichen. Ziel ist neben dem quantitativen Ausbau die Weiterentwicklung von Qualitätsstandards. In diesem Zusammenhang wird derzeit ein Qualitätssiegel entworfen.

Erklärtes Ziel des Kultusministeriums ist der flächendeckende Ausbau der Ganztagschule. Mit dem Schuljahr 2009/2010 können weiterführende Schulen offene Ganztagsangebote für die Klassen 5 - 10 beantragen. Die Kommunen werden entlastet, Eltern müssen keine Beiträge erbringen. In einem Modellversuch „Flexible Grundschule“, der an 20 Schulen durchgeführt wird, will sich die Schule mehr auf das individuelle Lerntempo der Schüler/innen einstellen. So werden die ersten beiden Klassen in einer flexiblen Eingangsstufe organisiert, die Grundschule wird damit drei bis fünf Jahre dauern. Die eaf bayern hat den Ausbau von Betreuungseinrichtungen im Schulalter begrüßt, gleichzeitig allerdings kritisiert, dass die offene Ganztagschule nur in Schulzeiten eine Nachmittagsbetreuung gewährleistet. Die Familienverbände sehen auch eine Inkonsistenz in der kostenlosen Ganztagsbetreuung an offenen Ganztagschulen einerseits und den nicht unerheblichen Beitragszahlungen der Eltern im Hort andererseits. Deshalb unterstreicht die eaf bayern die

Forderung der bayerischen Sozialministerin, das Hortangebot für Eltern kostenfrei zu stellen.

Anlässlich des Internationalen Tags der Familie gab die Familienministerin den Start des Modellprojekts „Familienstützpunkte“ bekannt. Das Projekt wird in 12 bayerischen Städten und Landkreisen durchgeführt und mit 1 Mio. Euro gefördert. Familienstützpunkte verstehen sich als Anlauf- und Kontaktstellen, die konkrete Hilfen anbieten und mit anderen Einrichtungen vernetzt sind. Ziel ist nicht die Förderung einer neuen Infrastruktur, sondern die Vernetzung und Professionalisierung bereits vorhandener Einrichtungen, wie z. B. Kindertageseinrichtungen, Mütterzentren oder Erziehungsberatungsstellen.

Im Zusammenhang der Entwicklung eines Gesamtkonzeptes zur Familienbildung in Bayern, dem ein Beschluss des Bayerischen Landtags zugrunde liegt, hat das Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg (ifb) einen Leitfaden in Form einer Broschüre vorgelegt, in dem ein Überblick über Grundlagen und Situation der Familienbildung in Bayern dargelegt wird. Hauptstück des Leitfadens sind die Arbeitsschritte zur Entwicklung eines Familienbildungskonzeptes vor Ort.

Seit 2000 erscheint im Dreijahresabstand der "ifb -Familienreport Bayern". Neben der Darstellung der allgemeinen Lage der Familie in Bayern werden besondere Schwerpunktthemen behandelt. Die im Dezember 2009 vorgestellte vierte Ausgabe behandelt den Schwerpunkt: Familie in Europa.

Aus der Arbeit der eaf bayern

Die Mitgliederversammlung der eaf bayern hat die letzte, zehn Jahre zurückliegende Familien-Synode zum Anlass genommen, das damals veröffentlichte Wort der Landessynode „Familie – auch in Zukunft“ darauf hin zu überprüfen, welche der damals beschriebenen Problemanzeigen heute noch bestehen und welche erhobenen Forderungen inzwischen eingelöst worden sind. Dazu hielt der für den Arbeitsbereich zuständige Oberkirchenrat im Landeskirchenamt Michael Martin auf der Mitgliederversammlung am 2. März 2010 ein ausführliches Referat. Im gemeinsamen Gespräch wurde die Idee einer Fortschreibung des Wortes als lohnenswert erachtet, um daraus insbesondere neue Impulse für die Kirchengemeinden zu gewinnen.

Am 24. Oktober 2009 fand in München eine Fachtagung anlässlich der Jubiläen von Landesbeirat und AGF statt. Dazu luden AGF, Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen gemeinsam mit der Hanns-Seidel-Stiftung zum Thema „Familien und ihre Politik: Eine Beziehung in der Dauerkrise?“ ein. Zu der mit 150 Teilnehmenden gut besuchten familienpolitischen Veranstaltung wurden als externe Fachreferenten eingeladen: Prof. Dr. Hans Bertram, zum Thema „Familie heute – handlungsleitende Erkenntnisse und Perspektiven der Familienforschung“ und Jürgen Borchert, mit dem Thema „Richtlinie Grundgesetz: Die Artikel 3 und 6 und ihr Weg in die Politik“. An der Podiumsdiskussion „Auf zur Familienpolitik von morgen! Wie muss es weitergehen?“ bzw. zur Fragestellung „Sind die Familien für die Politik oder die Politik für die Familien da?“ nahmen zudem die bayerische Familienministerin Christine Haderthauer und der derzeitige Sprecher der AGF, Prof. Dr. Schroeter vom Familienbund der Katholiken teil.

Stellungnahme zum Betreuungsgeld: Die Vorsitzende der eaf bayern, Birgit Löwe hat in ihrer Stellungnahme vom Dezember 2009 die mit der Einführung eines Betreuungsgeldes verbundenen Grundgedanken der Ermöglichung der elterlichen Wahlfreiheit und der Aner-

kennung der elterlichen Erziehungsleistung grundsätzlich begrüßt - die im Koalitionsvertrag vorgesehene Umsetzung jedoch als unzureichend zurückgewiesen (siehe FPI-Bayern 6/2009). Weder das Ziel der Wahlfreiheit wird realisiert, noch kann dem vorgeschlagenen Gutscheinsystem zugestimmt werden. Das Betreuungsgeld birgt in der geplanten Form außerdem die Gefahr in sich, traditionelle Geschlechterrollen zu verfestigen.

Das Diakonische Werk Bayern hat im Rahmen eines Projektes, an dem die eaf bayern beteiligt war, für seine Mitgliedsorganisationen das „Diakonie-Gütesiegel Familienorientierung“ entwickelt. Mit dem Gütesiegel sollen diakonische Träger ermutigt werden, sich noch deutlicher für mehr Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu engagieren. Es versteht sich als ein Instrument, sich in Zeiten des demografischen Wandels und gesellschaftlicher Veränderungen sowohl nach innen als auch nach außen als familienfreundlicher Arbeitgeber zu präsentieren. Zur Unterstützung der Umsetzung und Implementierung von Familienorientierung in den Einrichtungen und Diensten der Diakonie ist dazu ein Praxisleitfaden erarbeitet worden.

Für die Öffentlichkeitsarbeit 2009 konnten staatliche und landeskirchliche Mittel eingesetzt werden zur Finanzierung u. a. folgender Projekte: Informationsheft der eaf bayern zur „Umsetzung des Familienbudgets in den AVR Bayern“ (2. Auflage), Elternmappe „FamilienTeam – Arbeitsmaterialien für den Kurs“, Broschüre „Balance halten“ Informationen zum Thema „Häusliche Pflege“, „Familienpolitischen Information“ (FPI) der eaf/eaf bayern.

Helmut Neuberger
Geschäftsführer

eaf Berlin-Brandenburg e. V.

Familienpolitik in den Ländern Berlin und Brandenburg

In Brandenburg orientiert sich die Familienpolitik am Landesprogramm für Kinder- und Familienfreundlichkeit „Familien haben Vorrang“ mit dem dazugehörigen Maßnahmenpaket. Dazu gehören u. a. auch die Schaffung von Familienzentren, Projekte für Alleinerziehende, Lokale Bündnisse für Familien und der Wettbewerb „Familien- und kinderfreundliche Gemeinde“.

In Berlin sind es die „Berliner Leitlinien für eine kinder- und jugendfreundliche Stadt“ mit den entsprechenden Maßnahmen.

Während in Berlin schwerpunktmäßig Fragen der Änderungen im Bereich der Schulstruktur (Gesamtschule), der Kitas (Sprachförderung) und der Familienerholungsmaßnahmen im Vordergrund standen, waren es in Brandenburg Themen wie z. B. Netzwerke Gesunde Kinder, Lokale Bündnisse für Familien und Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Gremienarbeit in Brandenburg

Die eaf arbeitet in der Landesarbeitsgemeinschaft der Familienverbände Brandenburg (LAGF) mit. Die LAGF traf sich im Berichtsjahr siebenmal. Die Treffen wurden zum Informationsaustausch über Arbeitsschwerpunkte, Aktionen oder Kampagnen der einzelnen Verbände sowie zur Diskussion über aktuelle familienpolitische Themen genutzt.

Wie in jedem Jahr fand im Januar das Familienpolitische Gespräch mit den Sprechern der Landtagsfraktionen und Vertretern der zuständigen Ministerien statt.

Dabei berichtete die LAGF über ihre Arbeit, tauschte sich mit den Abgeordneten über landespolitische Zielsetzungen aus und machte Vorschläge zur Fortschreibung des Landesprogramms für Kinder- und Familienfreundlichkeit.

Weitere Themenschwerpunkte der Arbeitstreffen waren:

- Gespräch mit der Fachstelle für Kinderschutz
- Beteiligung an der Kampagne zur Reduzierung der Mehrwertsteuer auf Produkte für Kinder (Postkartenaktion)
- Beteiligung an einer Familienbildungsmesse
- Erarbeitung von Wahlprüfsteinen zur Landtagswahl
- Mitarbeit an der Erarbeitung neuer Förderrichtlinien für Familienreisen
- Mitarbeit in der Jury des Wettbewerbs „Familien- und kinderfreundliche Gemeinde“

Die eaf nahm an verschiedenen Veranstaltungen teil, z. B.:

- Brandenburgische Familienbildungsmesse
- Zukunftskonferenz Familienland Brandenburg
- Lernwerkstatt „Wertebildung in Familien“
- Fachveranstaltung zum Familienpolitischen Programm „Brandenburg – ein Ort zum Wohlfühlen“.

Gremienarbeit in Berlin

Die eaf arbeitet regelmäßig in der Arbeitsgemeinschaft der Familienverbände in Berlin (AGF) mit. Es fanden in 2009 fünf Sitzungen mit folgenden Themenschwerpunkten statt:

- Förderung von Familienerholung
- Ergänzende Kinderbetreuung
- Leben mit Behinderung
- Migration und Familienbildung
- 10 Jahre Leitlinien für eine kinder- und jugendfreundliche Stadt
- Berliner Bündnis für Familie und Berliner Familienbeirat.

Aus der Arbeit des Landesarbeitskreises

Die Hauptaufgabe des LAK bestand in der Weitergabe der Informationen von der Bundesebene an die Mitglieder sowie darin, im Dialog mit Mitgliedern und interessierten Trägern und Einrichtungen die familienpolitisch relevanten bundespolitischen Entwicklungen zu erörtern. Themenschwerpunkte waren daneben u. a.:

- Projekte der Familienbildung und Familienerholung in Brandenburg
- Familienzentren und Eltern-Kind-Zentren
- 13. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung
- Pilotprojekt „Stadtteilmütter in Neukölln“
- Förderung sprachlicher Erziehung von Kindern mit Migrationshintergrund in Kitas
- Möglichkeiten der Qualifizierung für die Eltern – Kind – Arbeit.

Dr. Frank Wilde
Geschäftsführer

eaf Kurhessen-Waldeck

Bundesland Hessen

Das Hessische Sozialministerium wurde in Hessisches Ministerium für Arbeit, Familie und Gesundheit umbenannt. Der zuständige Minister ist Jürgen Banzer, CDU.

„Die Hessische Landesregierung stellt in enger Kooperation mit Kommunen, Kirchen und freien Trägern die Weichen für eine moderne Familienpolitik, die tief greifende gesellschaftliche Veränderungen berücksichtigt.“ (Hess. Familienbericht 2008)

Die Kürzung der Mittel der Familienverbände um ca. 1.000 € auf 4.300 € wurde dennoch nicht rückgängig gemacht. Die Familienverbände werden im 1/2008 erschienenen Hessischen Familienbericht nicht erwähnt.

Prävention

- Ausbau der Betreuung durch Familienhebammen
- Wellcome: finanzielle Unterstützung durch die Landesregierung im Rahmen der Familienpolitischen Offensive, Standorte: Eschwege, Friedberg, Fulda.

Hessischer Bildungs- und Erziehungsplan 0 – 10 Jahre:

- BAMBINI-Knirps-Programm (Betreuungsplätze ausbauen, Mittel bereitstellen, in Nachwuchs investieren/Kleinkindern nachhaltig intensiv rechtzeitig Plätze schaffen). Die Anzahl der Plätze wurde in den vergangenen zwei Jahren verdoppelt auf einen Versorgungsgrad von 18 %. Angestrebt ist für 2010 ein Versorgungsgrad von 20 %, dieser sollte ursprünglich bereits Ende 2008 erreicht sein.) Das letzte Kindergartenjahr ist für Eltern kostenfrei gestellt.

Die Zahl der Kinder, die in eine Gruppe aufgenommen werden, soll in allen Altersklassen um ca. 1/3 reduziert, die Anzahl der Fachkräfte bei den unter Dreijährigen von 1,5 auf bis zu 2 Fachkräfte erhöht werden.

Zur Umsetzung des Konzepts und als Ansprechstelle für die Praxis haben das Hessische Sozialministerium und das Hessische Kultusministerium eine gemeinsame Geschäftsstelle eingerichtet.

Weitere Projekte, Modelle, Initiativen:

- Projekt Frühstart: zweisprachige Ehrenamtliche sollen Kontakte zwischen den Betreuungseinrichtungen und Familien mit Migrationshintergrund herstellen, 90 Stunden Ausbildung
- Die Hessenstiftung „Familie hat Zukunft“, hat eine neue Vorsitzende: Petra Müller-Klepper, Staatssekretärin im HsAFuG. Modellprojekte u. a. „Studieren mit Kind“; „Tagesväter“
- Ausbau ausgewählter Kitas zu Familienzentren (NRW als Vorbild?)
- Modell „Familienstadt mit Zukunft“: ca. je 2 Mill. € über 10 Jahre an die Mittelstädte Büdingen und Frankenberg
- Wettbewerb „Familienfreundliches Unternehmen“.

Schule

- Einrichtung eines Runden Tisches zur geplanten Einführung eines islamischen Religionsunterrichts an hessischen Schulen (neue Kultusministerin: Dorothea Henzler (FDP)).
- Das Projekt „Unterrichtsgarantie Plus – für eine verlässliche Schule“ wird von Seiten der Eltern und SchülerInnen weiterhin sehr kritisch beurteilt, u. a. weil auch ungelernete Kräfte eingesetzt werden.

- Viele Schulen sind nach Abstimmung durch die Schulkonferenz wieder zum Abitur nach neun Schuljahren zurückgekehrt.

Bundesinitiativen

- Lokale Bündnisse für Familien in 60 Kommunen und Kreisen
- Mehrgenerationenhäuser.

Das Ziel, in jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt ein MGH zu errichten, ist seit dem 14. März 2009 mit aktuell 28 Häusern in Hessen erreicht.

AGF-Hessen

Wie in den Vorjahren finden regelmäßige Sitzungen und ein kooperativer Austausch statt. Das Grundsatzprogramm der AGF dient dabei nach wie vor als Türöffner. Erstmals erfolgte eine Einladung aktiv durch das Kultusministerium. Das gestiegene Interesse am Thema Familie wurde u. a. an der Bereitschaft und Dauer der Gespräche deutlich.

eaf-EKKW

Mitgliederversammlungen:

15-jähriges Jubiläum eaf EKKW, Fachtagung und Mitgliederversammlung eaf-Bund in Hofgeismar, September 2009

Fachtagung und Mitgliederversammlung: „Stichwort Familienfreundlichkeit“, Referent der Hertie-Stiftung zum audit Familie und Beruf; Überlegungen, inwieweit der Ansatz des audits für den Landesarbeitskreis und seine Mitglieder umsetzbar ist und in die Landeskirche hineinwirken könnte; Mai 2010.

Veranstaltungen und Aktionen:

- Studientag des Arbeitskreises Kinder in der eaf-EKKW (Engagement im Rahmen der „Woche für das Leben“), „Erziehende unter Druck“, Referentin Elisabeth Hoffmann, (Mit-)Autorin der Studien „Eltern unter Druck“ (2009) und „Wie erreichen wir Eltern?“ (2010), Konrad-Adenauer-Stiftung; April 2010.
- Die Landeskirche hat entschieden, die Aktion „Mit Kindern neu anfangen – Taufverantwortung wahrnehmen“ der Ev. Kirche von Westfalen für die EKKW zu übernehmen. Der Arbeitskreis Kinder begleitet das Projekt in den ersten fünf Jahren der Erprobung. Mittlerweile nehmen 43 Gemeinden an dem Projekt teil. Es entwickeln sich neue Arbeitszusammenhänge, in denen das Interesse am Thema „Familie“ groß ist. Am 13. März 2010 fand der erste Fachtag statt (Thema: Vertrauen von Anfang an – Taufbereitschaft von Eltern). Es wird angestrebt, dass sich je Kirchenkreis fünf Gemeinden an dem Projekt beteiligen.
- Finanzielle Unterstützung von Projekten der eaf-Mitglieder.

Brigitta Leifert
Geschäftsführerin

eaf Hessen-Nassau

Der Landesarbeitskreis eaf Hessen und Nassau wird sich im Rahmen einer Rechtsverordnung des Arbeitsfeldes Familie der EKHN neu konstituieren. Dazu fanden mehrere Beratungen statt; Ende 2010 soll dieser Prozess abgeschlossen sein. Im Herbst 2009 gab es einen Wechsel in der Geschäftsführung. Karl Heinz Schulz, der die Geschäfte jahrelang

ehrenamtlich geführt hat, wurde im Mai 2010 in einem feierlichen Rahmen verabschiedet. Bis zum Abschluss der Neustrukturierungsprozesse wird die Geschäftsführung kommissarisch durch Paula Lichtenberger wahrgenommen.

Im Berichtszeitraum fanden zwei Mitgliederversammlungen statt. Im Mittelpunkt stand das Arbeitsfeld Familie in der EKHN. Des Weiteren beschäftigte sich der Landesarbeitskreis mit Aussagen zum Bereich Kinder und Familien in den Koalitionsvereinbarungen CDU/FDP sowie mit aktuellen familienpolitischen Fragen in Hessen. Der Landesarbeitskreis nahm an der Postkartenaktion der AGF-Bund teil zur breiten Unterstützung des Antrages zur Reduzierung der Mehrwertsteuer auf Kinderkleidung durch den EU-Ministerrat für Wirtschaft und Finanzen und warb durch das Verteilen der Postkarten für eine möglichst große Beteiligung.

Am 30. Juni 2009 veranstaltete die eaf einen Fachtag zum Thema „Eltern unter Druck - Selbstverständnisse, Befindlichkeiten und Bedürfnisse von Eltern in verschiedenen Lebenswelten“. Frau Henry Huthmacher von der Konrad-Adenauer-Stiftung stellte die Elternstudie auf der Grundlage der Sinus-Milieus® vor sowie Folgerungen daraus für die Arbeit mit Familien. Die Tagung stieß mit mehr als 70 Teilnehmenden auf große Resonanz.

Mit den Mitteln des Landes Hessen konnten wir einige kleinere Basisprojekte zur Förderung und Begleitung von Familien unterstützen.

Im Geschäftszeitraum 2009/2010 traf sich die AGF Hessen zu mehreren Sitzungen. Zur aktuellen Familienpolitik fanden zwei Gespräche mit dem Staatsminister Jürgen Banzer in Wiesbaden statt. Themen waren unter anderem die Folgen der massiven Zuschusskürzungen im Rahmen der „Operation sichere Zukunft“ in ihrer Auswirkung auf die Angebote familienunterstützender Leistungen sowie die dringend notwendige Förderung von Familienzentren und Ausbau der Projekte „Wellcome“ in Hessen. Die Rhein-Main-Region betreibt sehr stark den Ausbau von Krippenplätzen.

Mit zahlreichen Stellungnahmen zu aktuellen politischen Ereignissen wurde auf die besondere Lebenssituation von Familien aufmerksam gemacht.

Auch in Zukunft werden wir uns mit den vielfältigen Fragen zur Lebenssituation von Familien in Hessen beschäftigen, Stellungnahmen erarbeiten und Gespräche führen.

Paula Lichtenberger
Kommissarische Geschäftsführerin

eaf Niedersachsen

Aus der Familienpolitik in Niedersachsen

Die AGF arbeitet unter der Federführung des MSFFG in einer Lenkungsgruppe zur „Handlungsorientierten Sozialberichterstattung Niedersachsen“ mit, die sich im ersten Schritt mit dem Thema der Kinderarmut in Niedersachsen befasst. Ziel ist es, den Akteuren der Armutsbekämpfung in Land, Kommunen und Verbänden das für ihre Arbeit notwendige empirische Material handlungsorientiert und unkompliziert zur Verfügung zu stellen, damit darauf aufbauend lokale Berichte und Untersuchungen über regionale und sozialräumliche Problemballungen über Armut und prekäre Lebenslagen erfolgen und Wege aufgezeigt

werden können, chancengleich allen Kindern Bildung und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Im Juni 2010 fand eine vom Ministerium einberufene Fachtagung statt, bei der der Statistikeil vorgestellt und nach dem Interesse und dem Nutzen für Verbände und Kommunen gesprochen wurde. Es ist eine gemeinsame Veranstaltung von der AGF und der Landesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege zur Thematik angedacht.

Der Sonderfonds „DabeiSein“ der Landesstiftung „Familie in Not“, der seit 1. Januar 2009 existiert, ist sehr gut angelaufen. Mit einer Finanzausstattung von 750.000 € für 2009/10 wurden bis Ende 2009 ca. 4.000 Kinder mit einem Zuschuss bis zu 100 € für Aktivitäten unterstützt, die sich bestimmte Familien nicht leisten können wie etwa Mitgliedsbeitrag zum Sportverein, Jugendfreizeiten, Fahrtkosten für Oberstufenschüler etc.

Vom 13. bis 20. September 2010 lädt das Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit im Rahmen des Europäischen Jahres zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung zur Teilnahme an einer landesweiten Aktionswoche „Gemeinsam gegen Armut und Ausgrenzung von Kindern“ unter der Schirmherrschaft des Ministerpräsidenten ein.

Die „Richtlinie über die Förderung von Familienerholungsmaßnahmen und Familienfreizeiten“ ist zum 31. Dezember 2009 ausgelaufen und soll durch eine neue ersetzt werden, die bis zum heutigen Tag noch in der Beratung ist. Im klassischen Bereich der Familienerholung wird es einige von den Wohlfahrts- und Familienverbänden gewünschte Veränderungen geben, die den Realitäten heutiger Familien deutlich entgegenkommen.

Als neues Modul kommen Angebote für junge Familien und Alleinerziehende hinzu zur Stärkung der Erziehungskompetenz mit einem Aufenthalt in einer Familienfreizeit einschließlich pädagogischem Angebot und sozialpädagogischer Vor- und Nachbereitung und –begleitung; diese bedürfen eines Gesamtkonzeptes. Über die praktische Umsetzung bestehen noch einige Unklarheiten. Die Verbände und Kirchen wurden um Stellungnahme gebeten.

Das Landesprogramm „Familien mit Zukunft – Kinder bilden und betreuen“ läuft Ende 2010 aus. Noch ist unklar, ob es in irgendeiner Form ein Nachfolgeprogramm geben wird. Betroffen sind unter anderem die 30 in Niedersachsen bestehenden Wellcome-Standorte, die von finanziellen Zuwendungen aus dem Programm profitiert haben. Einige dieser Standorte geraten in finanzielle Schwierigkeiten und befassen sich mit der Frage des Überlebens.

Seit dem 27. April 2010 ist Aygül Özkan Ministerin für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration. Das Ministerium hat einen etwas veränderten Zuschnitt erhalten: So wurde der Bereich Tagespflege an das Kultusministerium gegeben und der Bereich zu Fragen der Integration in das Spektrum aufgenommen.

Im Zuge der ministeriellen Umstellung wurde die für das Frühjahr geplante „Zukunftskonferenz Familie“, die das Ministerium gemeinsam mit der AGF vorbereitet hat, auf den Herbst verschoben. Die Veranstaltung wendet sich an politisch Verantwortliche und Praktiker/innen aus Verbänden und Organisationen. Ausgehend von zwei Referaten zur Situation von Eltern und den Rollenerwartungen an Mütter und Väter werden in neun Workshops familienrelevante Fragestellungen diskutiert. Daneben sollen auch Planungs- und Entwicklungsverfahren für eine familienfreundliche Infrastruktur vorgestellt werden.

Aus der Arbeit der eaf in Niedersachsen

Bis zum Jahresende 2009 hatte die eaf über fünf Jahre die Federführung und den Vorsitz der Arbeitsgemeinschaft der Familienverbände in Niedersachsen (AGF). Seit Januar 2010 ist der Familienbund der Katholiken (FdK) mit Sitz in Vechta federführender Verband. Die mit 15 Stunden wöchentlich über das Land finanzierte Geschäftsführerin hat ihren Dienst-sitz weiterhin zentral in Hannover, um die räumliche Nähe zu den wichtigsten Partnern in Gesellschaft und Politik zu wahren.

Indem der eaf-Vorsitz und der Vorsitz der AGF in den zurückliegenden Jahren in Personalunion wahrgenommen wurde, konnte bei zahlreichen Gelegenheiten die eaf bekannter gemacht werden.

Im September 2009 führte die eaf gemeinsam mit dem Diakonischen Werk der hannoverschen Landeskirche einen Fachkongress zum Thema „Im Mittelpunkt: Familien(zentren)! Kirchlich-diakonische Netzwerke für Familien im Gemeinwesen“ durch, der auf große Resonanz stieß.

Die AGF veranstaltete im Januar 2010 ein Fachforum, das sich mit der von der Landesregierung beabsichtigten Einführung eines Kindergarten-Gutscheinmodells befasste. Fachexpertinnen und -experten stellten ihre Erfahrungen aus Hamburg (Stadtstaat) und Bayern (Flächenstaat) sowie die Vor- und Nachteile für Eltern, Kinder, Träger und Beschäftigte dar.

Im Februar 2010 wählte die Mitgliederversammlung der eaf einen neuen Vorstand, der dem alten Vorstand entspricht. Als Vorsitzender wurde Bernd Heimberg im Amt bestätigt.

Im Anschluss an die Mitgliederversammlung fand ein Fachforum der eaf zur Thematik „Wie viel Familie verträgt die Dienstgemeinschaft? – Familienfreundlichkeit in Kirche und Diakonie“ statt, das Anstoß geben sollte, gerade auch im innerkirchlichen Bereich die Familienfreundlichkeit der Arbeitsplätze auszubauen und zu fördern und so auch dem sich abzeichnenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

In seiner Klausur im März 2010 beschäftigte sich der eaf-Vorstand unter anderem mit Fragen einer Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit.

Ein aktueller Flyer wird für notwendig gehalten. Das Bundeslogo soll wegen des bundesweiten Wiedererkennungswertes übernommen werden, auch wenn man sich ungern vom eigenen Logo trennt, das graphisch nach wie vor als sehr gelungen empfunden wird.

Die eaf ist weiterhin im Beirat und für die AGF im Kuratorium der Landestiftung „Familie in Not“ vertreten. Dort werden auch die Mittel der Bundesstiftung „Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens“ vergeben.

Barbara Witthohn
Geschäftsführerin

eaf Pfalz

Arbeitskreis „Vernetzung in Familienfragen“

Der Landeskirchenrat (Kirchenamt) hat einen Arbeitskreis ins Leben gerufen, der die unterschiedlichen landeskirchlichen Einrichtungen, welche im Themenfeld „Familie“ arbeiten, miteinander vernetzen soll. Die Federführung liegt bei der zuständigen Referentin im Landeskirchenrat, die gleichzeitig Vorsitzende der eaf Pfalz ist.

Der Arbeitskreis veranstaltet jährlich einen Aktionstag zum Thema Armut. 2009 lag der Schwerpunkt bei der Kinderarmut, 2010 wird er bei der Jugendarmut liegen.

Die Idee des Arbeitskreises zu einer Rest-Cent-Aktion wurde aufgegriffen und umgesetzt. Monatlich spenden so hunderte von Beschäftigten die Cent-Beträge ihres Gehaltes oder ihrer Bezüge dem Kinderhilfsfonds der Evangelischen Kirche der Pfalz (Protestantische Landeskirche).

Kinderhilfsfonds

Die Landeskirche und das Diakonische Werk Pfalz haben gemeinsam einen Kinderhilfsfonds gegründet, welcher Kinder und Jugendliche auf Antrag unterstützen will, die von Armut betroffen sind. Nähere Informationen finden sich unter www.diakonie-pfalz.de (Button „Kinderhilfsfonds“).

Die EAF Pfalz ist Mitglied im Vergabeausschuss.

Arbeitsgemeinschaft der Familienorganisationen in Rheinland-Pfalz

Die Federführung in der AGF liegt 2009/2010 beim VAMV. Die AGF tagte 2009 viermal. Auch für 2010 sind vier Termine geplant. Hinzu kamen mehrere Treffen zur Vorbereitung der jährlichen Fachtagung, dieses Mal zum Thema „Zwischen Anspruch und Realität – Bildungsgerechtigkeit im Schulsystem“.

Die Publikation zu dieser Veranstaltung liegt vor und kann über die Geschäftsstelle bestellt werden.

Projektarbeit

Die eaf arbeitete weiterhin bei verschiedenen Projekten und Veranstaltungen mit: z. B. Familiendinner, Fortbildung für Haupt- und Ehrenamtliche in den Kirchengemeinden, Wochenende für Alleinerziehende und Wochenende zur Kurnachbereitung.

Familienpolitische Entwicklungen in Rheinland-Pfalz

- Die schrittweise Einführung der *Beitragsfreiheit des Kindergartens* wird bis zum 1. August 2010 umgesetzt, wonach dann auch der Besuch ab Vollendung des zweiten Lebensjahrs beitragsfrei ist.
- Die *Lernmittelfreiheit* gilt in Rheinland-Pfalz in einer neuen Form erstmalig ab dem Schuljahr 2010/2011.
Ein stufenweises System der Schulbuchausleihe gilt zuerst nur für allgemeinbildende Schulen sowie in den Wahlschulen des berufsbildenden Bereichs. Das derzeit geltende System der Lernmittelfreiheit in Form von Lernmittelgutscheinen wird damit abgeschafft, Eltern sollen durch das neue System finanziell entlastet werden. Mehr Infos unter <http://lmf-online.rlp.de/>.
- Das *Landesgesetz zum Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit* wird immer weiter implementiert. Die kommunalen Netzwerkkonferenzen entwickeln sich gut. Die Einbindung der niedergelassenen Ärzte gestaltet sich noch schwierig.
- Das Programm *„Hebammen und andere Gesundheitsberufe beraten Familien“* wird fortgeführt. Die Zielgruppe wird um andere Gesundheitsberufe erweitert. Es gibt fach-

übergreifende Fortbildungsmodulare von Kinder- und Jugendhilfe und Gesundheitswesen. Dem besonderen Fortbildungsbedarf im Bereich „Präventive Unterstützung von Familien“ aus den lokalen Netzwerken zum Kinderschutzgesetz wird Rechnung getragen.

- Im Rahmen der frühen Hilfen wird das Programm „Guter Start ins Kinderleben“ auf weitere 13 Kliniken im Land ausgeweitet.
- In Rheinland-Pfalz gibt es neben den Mehrgenerationenhäusern außerdem die „Häuser der Familie“ – in den überwiegenden Fällen sind diese Häuser identisch mit den MGHS.
 - Das Landesprogramm hat jedoch zusätzliche Anforderungen an die Konzeption der anerkannten Häuser der Familie. Nähere Infos unter: www.vivafamilia.de
 - Pro Jahr sollen fünf neue Häuser gefördert werden. Förderumfang: je 25.000 € über drei Jahre. Am 1. Januar 2010 gab es 43 Häuser der Familie. Außerdem existieren 14 *Familienzentren*. Infos unter <http://www.familienservice-rlp.de/index.php?id=147>
- Das Programm „Netzwerk Familienbildung“ wurde 2009 im Landesjugendhilfeausschuss (LJHA) vorgestellt und hat gute Resonanz erhalten. Alle Familienbildungsstätten arbeiten nach diesem Konzept. Der LJHA erarbeitet eine Empfehlung, um Familienbildung in den Kommunen einen größeren Stellenwert zu geben und Netzwerke der Familienbildung in die kommunalen Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe stärker einzubeziehen. Infos zum Netzwerk unter <http://www.vivafamilia.de/>
- Die *Sommerferienaktionen* des Familienministeriums für einkommensarme Familien wurden auch 2009/2010 finanziert. *Familienferienstätten* stellen kostenlose Unterbringung für Familien zur Verfügung.
- Im Herbst 2009 erschien der neue *Armuts- und Reichtumsbericht des Landes*.
- Eine Servicestelle unterstützt die Lokalen Bündnisse für Familien (<http://www.familienservice-rlp.de/>).

Ute Dettweiler, Bettina Wilhelm

Nordrhein-Westfalen

Familienpolitische Schwerpunkte der Landesregierung NRW in den Jahren 2009/2010

Das zentrale landespolitische Projekt ist nach wie vor die Umsetzung des neuen Kinderbildungsgesetzes (KiBiz). Hierzu will die Kritik von Trägern, Familienverbänden und Gewerkschaften nicht verstummen. Die fachlichen Standards sind niedrig, die soziale Ungerechtigkeit im Land ist aufgrund der regional extrem unterschiedlichen Elternbeiträge gestiegen und die Familienzentren sind völlig unterfinanziert. Es bleibt abzuwarten, inwiefern die neue Landesregierung hier Korrekturen vornimmt.

Weitere Schwerpunkte sind:

- Das ebenfalls erheblich kritisierte Sprachstandsfeststellungsverfahren „Delfin 4“ und die dazugehörige Förderung in den Kitas
- Aktionen und Programme zur Kinderarmut sowie die Arbeit der Runden Tisches „Hilfen für Kinder in Not“
- Aktionen und Programme zum Kinderschutz (Schwerpunkt: „Förderung kommunaler Frühwarnsysteme“)
- Ein Aktionsbündnis für familienfreundliche Kommunen mit jeweils jährlichen Themenschwerpunkten (2010 zum Thema Familie und Bildung)

- Projekte zum Thema Gestaltung des demografischen Wandels (Generationengerechtigkeit)
- Die vielfältigen Leistungen des Landes NRW sind aktuell im 9. Kinder- und Jugendbericht der Landesregierung zusammengefasst (Download auf der Homepage des Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen - MGFFI NRW)

Im Landtagswahlkampf haben Familien- und Bildungspolitik eine wesentliche Rolle gespielt. Es ging um die Ausstattung der Kitas und Familienzentren, die Rücknahme des 8-jährigen Gymnasiums und allgemein um die notwendigen Veränderungen und Reformen im Schulsystem. Es bleibt abzuwarten, in welche Richtung eine neue Landesregierung Schwerpunkte setzen wird.

Arbeitsschwerpunkte der eaf rheinland e. V.

Schwerpunktthema der eaf Arbeit war in 2009 erneut das Thema *Kinder- und Familienarmut*.

Auf landespolitischer Ebene war die eaf rheinland eingebunden in die Arbeit des Runden Tisches „Hilfen für Kinder in Not“.

Die eaf rheinland ist berufenes Mitglied der landeskirchlichen Arbeitsgruppe „Kinderarmut“ und war federführend verantwortlich für die Durchführung von zwei der drei Regionalkonferenzen zum Thema in 2009; sie wird diese Arbeit in 2010 fortführen.

Durch die Mitarbeit der eaf rheinland in der LAGF NRW und die Beteiligung an der Bildungsmesse didacta 2010 ist das Thema *Erziehungspartnerschaften* ein weiteres Schwerpunktthema der eaf rheinland geworden.

Der Austausch mit den zuständigen *Ministerien* hat sich in 2009 und 2010 positiv entwickelt, so dass es gelungen ist, das Thema „Erziehungspartnerschaften“ bzw. „Familie und Bildung“ als Jahresthema der *Landesinitiative „Familie kommt an in NRW“* zu platzieren.

Zum Thema *Familienzentren* ist die eaf rheinland auch in 2009/2010 in die Vernetzungsarbeit mit der vom Diakonischen Werk eingerichteten Steuerungsgruppe eingebunden, welche die innerevangelischen Aktivitäten zum Thema Familienzentren koordiniert.

Seit Herbst 2009 ist die Geschäftsführerin der eaf rheinland berufenes Mitglied der landeskirchlichen Arbeitsgruppe *Schwangerschaftskonfliktberatung*.

Die *Auswirkungen des KiBiz* standen in diesem Jahr im Fokus der Sitzungen des *Forums zur Förderung von Kindern*, in das die eaf rheinland eingebunden ist.

Die eaf rheinland greift derzeit das Thema *Pflegende Angehörige* auf und plant in Kooperation mit einigen Mitgliedsverbänden eine Fachveranstaltung zum Thema.

Die *Öffentlichkeitsarbeit* macht weiterhin einen großen Teil der Arbeit der eaf rheinland aus. Für das Jahr 2010 ist eine Überarbeitung und Modernisierung des eaf Designs für Homepage, Flyer und Newsletter in Anlehnung an das Erscheinungsbild der eaf Bund beschlossen worden.

Die Mitgliederversammlung der eaf rheinland hat im Juni 2009 einen *neuen Vorstand* gewählt. Neuer Vorsitzender der eaf rheinland ist nun Frank Weber, Superintendent des Kirchenkreises Mettmann.

Seit Herbst 2009 konnten drei *Kirchenkreise als neue Mitglieder* gewonnen werden. Der Austausch mit der eaf Westfalen-Lippe wird weiter intensiviert.

Seit Juni 2010 ist Eva Bernhardt unbefristet als *Geschäftsführerin* der eaf rheinland eingestellt.

eaf Westfalen-Lippe

Klärung und Verbesserung der Strukturen

Der neue Vorstand treibt mit viel Engagement die Klärung und Weiterentwicklung der Kooperationsstrukturen voran. Dies betrifft die Kooperation mit den Mitgliedern und den familienbezogenen Organisationen innerhalb der westfälischen Landeskirche ebenso, wie die Zusammenarbeit mit der eaf Rheinland und den anderen Familienverbänden. Es wurde beschlossen, wieder in der LAGF mitzuarbeiten, aus der die eaf vor einigen Jahren wegen inhaltlicher Differenzen mit anderen Verbänden ausgetreten war.

Von zentraler Bedeutung ist für das Jahr 2010 die stärkere Wahrnehmung von Familien-themen in der westfälischen und der lippischen Landeskirche. Hierzu fand ein Gespräch des Vorstandes mit dem Präses der westfälischen Landeskirche statt; in ähnlicher Weise wird ein Gespräch mit dem lippischen Superintendenten vorbereitet. Die eaf kann und muss jetzt ihre familienbezogenen Positionen verdeutlichen und in der Kirche einbringen. Angestrebt wird eine landessynodale Beschäftigung mit Familienfragen in den Jahren 2010 oder 2011.

Abschluss des Projektes „Tolle Sachen mit den Vätern“

Im Herbst 2009 hat die eaf Westfalen-Lippe als Abschluss des Projektes „Tolle Sachen mit den Vätern“ eine Broschüre zur „Väterfreundlichkeit in Kitas und Familienzentren“ herausgegeben. Die Broschüre ist trotz hoher Auflage (6.000 Stück) mittlerweile vergriffen und findet viel fachliche Anerkennung. Eine zweite Auflage der Broschüre wird vorbereitet. In der Folge der Projektarbeit ergaben sich viele Anfragen an die eaf für Vorträge, Fachtage etc., die für Erzieherinnen und Träger durchgeführt werden.

Eva Bernhardt
Geschäftsführerin
eaf Landesverband rheinland e. V.

Remi Stork
Geschäftsführer
eaf Landesarbeitskreis Westfalen-Lippe

eaf Saar

Familienpolitische Entwicklungen (August 2009 – Mai 2010)

Im Saarland wurde am 30. August 2009 ein neuer Landtag gewählt; es kam zu einer Koalition zwischen der bisher alleinregierenden CDU, den Grünen und der FDP.

Erste Veränderungen zeichnen sich in der Schul- und Bildungspolitik ab – hier konnten die Grünen viele ihrer Forderungen durchsetzen: Das Schulsystem soll grundsätzlich neu geordnet und längeres gemeinsames Lernen ermöglicht werden, sieht der Koalitionsvertrag vor. Das dritte Kindergartenjahr soll zur Flexibilisierung der Schuleintrittsphase genutzt werden und integrierte Förderangebote bis in die Grundschule beinhalten. Konzepte und konkrete Umsetzungsschritte sind in der Diskussion und erste Gespräche mit den KiTa-

Trägern erfolgt. Stufenweise sollen Schulen in Ganztagschulen an Standorten mit Schulen gleichen Typs umgewandelt werden (Wahlfreiheit als zentrales Prinzip beim Ausbau).

Die Schulsozialarbeit an Grund- und weiterführenden Schulen ist weitergeführt worden: an 98 von 123 weiterführenden Schulen sind 52 Schoolworker tätig, ab dem Schuljahr 2010/11 sollen an Grundschulen 20 weitere Sozialarbeiter/innen im Einsatz sein.

Das Bildungsministerium hat das Projekt „Früh Deutsch lernen“ zum 1. Januar 2010 flächendeckend auf alle 160 Grundschulen ausgeweitet (82 % der 600 am Förderprogramm teilnehmenden Kinder wurden erfolgreich eingeschult).

Im Januar 2010 legte die Landesregierung eine differenzierte Sozialstudie Saar mit einer aktuellen Datenbasis zum Thema Armutsentwicklung vor. Die Handlungsempfehlungen müssen nun umgesetzt und die Armutsgefährdung wirksam bekämpft werden.

Die Entwicklung einer Armutskonzeption auf der Basis der vorliegenden Armutsberichtserstattung und die Ergänzung um einen Kinderarmutsbericht bezeichnet die Regierung als wichtiges sozialpolitisches Vorhaben. Die bestehenden Kinderarmutsprojekte sollen ausgeweitet werden – eine Anschubfinanzierung des Landes in jedem Landkreis ist vorgesehen.

Am 10. Februar beschloss der Landtag die Abschaffung der Studiengebühren für das Erststudium – eine der familienpolitischen Forderungen der Familienverbände.

Ebenso wurde beschlossen, die Betreuung in allen freiwilligen Ganztagschulen während der Schulzeit ab dem Schuljahr 2010/11 beitragsfrei zu gestalten, dies bedeutet eine spürbare finanzielle Entlastung für Familien - 10.000 Schüler und Schülerinnen profitieren von der Regelung; eine ansteigende Nachfrage wird prognostiziert. Ferienbetreuungs- und Essenskosten haben Eltern weiterhin zu tragen.

Aktivitäten der eaf Saar

- Mitarbeit in der „Allianz für einen freien Sonntag“ einer landesweiten kirchlichen und gewerkschaftlichen Initiative (5 Träger und 17 unterstützende Organisationen)
- Teilnahme an der Tagung der saarländischen Allianz für den freien Sonntag am 26. August 2009: „Für eine Ökonomie des Genuß“
- Teilnahme an der eaf-Jahrestagung vom 16. bis 18. September 2009 in Hofgeismar
- Teilnahme am Arbeitstreffen der eaf in Berlin am 11./12. Dezember 2009
- eine Mitgliederversammlung mit Vorstandswahl im November 2009
- Teilnahme an der Konferenz der eaf-Geschäftsführer/innen am 17./18. März 2010 in Hannover
- ständige Mitarbeit im saarländischen Medienrat und im Ausschuss Medienkompetenz sowie im saarländischen Toto-Beirat
- Teilnahme an der Tagung der Ev. Medienvertreter und -vertreterinnen in Rundfunk- und Medienräten im Januar 2010 in Eisenach
- Abgabe der Federführung der LAG der Familienverbände Saar an den Katholischen Familienbund im April 2010

- Planung einer Öffentlichkeits-Aktion „Mit Familien gewinnen“ mit dem Saarländischen Rundfunk für September 2010.

Anna Schwarz-Hartz
Geschäftsführerin

eaf Sachsen e. V.

Familienpolitik in Sachsen

Die Wahlkämpfe auf Kommunal-, Landes-, Bundes- und Europaebene prägten in Sachsen die politischen Diskussionen in 2009. Der Ausgang der Landtagswahl brachte im September 2009 einen Wechsel der Regierungskoalition in Sachsen mit sich. Die Regierungskoalition wird nun aus CDU und FDP gebildet und nicht mehr aus CDU und SPD.

Nach wie vor ist Christine Clauß (CDU) Staatsministerin für Soziales und (neu) Verbraucherschutz. Die Bereiche Familie und Familienpolitik wurden im Zuge einer personellen Umstrukturierung im Ministerium der *Leitstelle für die Gleichstellung von Mann und Frau* und nun neu dazu: *Familie und Gesellschaft*, zugeordnet. Diese Leitstelle ist direkt bei der Staatsministerin angesiedelt.

Die Zuständigkeit für den Bereich Kindertagesstätten liegt mittlerweile im Sächsischen Staatsministerium für Kultus und Sport.

Im Koalitionsvertrag von CDU und FDP wird der Leitgedanke formuliert, Sachsen zum familienfreundlichsten Bundesland zu formen.

Die vollzogenen Kürzungen im Jahr 2010 im Sozial- und Jugendbereich im Freistaat Sachsen belaufen sich gesamt auf 25 Millionen €. Allein durch die Kürzung der Jugendpauschale sollen 7,7 Mio. € eingespart werden. Für die Arbeit der eaf Sachsen haben die Kürzungen, die Streichung und Umwidmung des Projektes „Promovieren mit Kind an sächsischen Universitäten“ zur Folge.

1,7 Mrd. € will der Freistaat Sachsen im Rahmen des Doppelhaushaltes 2011/2012 weiter einsparen. Auch das wird an den familienbezogenen Maßnahmen nicht spurlos vorbeigehen. Die Mittel für die Verbandsarbeit sollen in den nächsten Jahren kontinuierlich abgesenkt werden. Die Familienbildung ist (noch) nicht betroffen.

Das im März 2009 eingeführte kostenlose Vorschuljahr soll aus Kostengründen abgeschafft und mit diesen Geldern die Mehrkosten durch die Aufhebung der Teilzeitregelung für Lehrer kompensiert werden. Das Landeserziehungsgeld steht in der Diskussion, wird aber erhalten bleiben.

Aus der Arbeit der eaf Sachsen

Familienbildung gegen Rechtsextremismus

Ende 2009 konnte das Projekt „Familienbildung gegen Rechtsextremismus“ erfolgreich abgeschlossen werden. Die eaf Sachsen hatte dazu eine Projektgruppe mit dem Ziel initiiert, Multiplikatoren und Multiplikatorinnen der Familienbildung und Eltern für die Thematik Rechtsextremismus und Vorurteile zu sensibilisieren. Durch vier Veranstaltungen (dreimal im ländlichen, einmal im städtischen Raum) wurde mit jeweils lokalen Partnern das Thema „Vorurteile“ niedrigschwellig behandelt. Die Ausstellung „Vorurteile machen blind“ wurde begleitend gezeigt und bei drei Terminen ein Workshop dazu angeboten. Fazit des Pro-

jekts: Gerade im ländlichen Raum und im kirchlichen Bereich ist ein solches Angebot wichtig. Es soll im Jahr 2011 Anschlussveranstaltungen geben.

Woche für das Leben

Die Eröffnungsveranstaltung am 17. April 2010 im Deutschen Hygienemuseum stand unter der Überschrift „Gesunde Verhältnisse – verhältnismäßig gesund“. Der Tag sollte Gelegenheit geben, sich mit der Frage auseinanderzusetzen, was unser Leben lebenswert macht und wie wir ein gesundes Verhältnis zu Gesundheit und Krankheit finden. In einer offenen Gesprächsrunde diskutierten Vertreter/innen aus Medizin, Seelsorge sowie chronisch Kranke darüber, was „gesunde Verhältnisse“ sind und wie wir dazu kommen können, „verhältnismäßig gesund“ zu leben. Und es wurde die Frage gestellt: Ist Gesundheit das höchste Gut? Die Vorarbeiten für das Jahr 2011 haben bereits begonnen.

Studium/Karriere mit Kind an sächsische Hochschulen

„Promovieren mit Kind an sächsischen Universitäten“ stellte das Anschlussprojekt zu „Studium/Karriere mit Kind an sächsischen Hochschulen“ dar. Im Rahmen einer repräsentativen Studie zur Situation von Promovierenden mit Kind(ern) an sächsischen Universitäten erhielten die Promovierenden der Technischen Universitäten Chemnitz und Freiberg, die Universität Leipzig und das Internationale Hochschulinstitut Zittau Fragebögen zur Datenerhebung.

Für das Jahr 2010 war eine Fortführung des Projektes geplant. Dieses Projekt wird nicht mehr durch das Sozialministerium für Soziales gefördert. Um die bereits begonnene Arbeit fortführen zu können, wurde bei der Stiftung für Arbeit und Menschenwürde ein Förderantrag gestellt. Dieser Antrag wurde leider abgelehnt.

Kleinprojekte zur Information von Familien und Politik

Neben der Intensivierung der Öffentlichkeits- und Medienarbeit durch Hintergrundgespräche und verstärkte Präsenz bei Veranstaltungen der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsen will die eaf-Sachsen auch bei den Landesparteitagen der demokratischen Parteien anwesend sein und sich vorstellen. Beim Sächsischen Familientag am 19. Juni 2010 in Borsdorf wird sich die eaf-Sachsen ebenfalls präsentieren.

Ökumenischer Kirchentag 2010 in München / Kirchentag 2011 in Dresden

Yvonne Wilke arbeitete in der Kommission „Zentrum Familie“ zum 2. Ökumenischen Kirchentag 2010 in München mit. Die Vertreterinnen und Vertreter aus verschiedenen familienbezogenen Arbeitsbereichen der katholischen und evangelischen Kirche wählten Yvonne Wilke und Herr Mickel vom Bischöflichen Ordinariat Bayern als Vorsitzende der Kommission. Yvonne Wilke führte die Arbeit in ihrer Elternzeit auf ehrenamtlicher Basis zu Ende. Zur Vorbereitung des Zentrums fanden zahlreiche Sitzungen der Projektkommission sowie Kleingruppentreffen statt.

Eva Brackelmann ist in die Projektleitung für das Frauenzentrum beim Kirchentag 2011 in Dresden berufen. Wie eine Beteiligung der eaf-Bund aussehen soll und wie die eaf-Sachsen sich daran beteiligt, ist in Klärung.

Was brauchen Familien in Sachsen?

Die eaf-Sachsen möchte mit der Fragestellung „Was brauchen Familien in Sachsen? Bestandsaufnahme – Perspektive – Maßnahmen“ eine breite gesellschaftliche *und dadurch innerkirchliche Diskussion* initiieren und führen.

Dies soll zuerst mit Multiplikatoren in der Familienarbeit geschehen und umfasst Fragestellungen des städtischen sowie des ländlichen Raumes. Die Themenstellungen sind den regionalen Gegebenheiten entsprechend unterschiedlich und werden mit den jeweiligen lokalen Akteuren der Familienarbeit gemeinsam erarbeitet. Auch die Bedürfnisse von Familien im ländlichen und städtischen Raum definieren sich unterschiedlich. Die Frage, was familiengerecht ist in Politik, Gesellschaft und Kirche, soll so in den unterschiedlichen Regionen Sachsens unter verschiedenen Aspekten diskutiert werden.

Familienbildung

In Sachsen werden mittlerweile ca. 30 % der Familienbildungsangebote von Ämtern und Werken der ev. Landeskirche angeboten und genießen hinsichtlich Qualität und Vielfalt ein hohes Ansehen in der Politik. Über eine Kooperation mit der Evangelischen Erwachsenenbildung Sachsen, koordiniert und organisiert die eaf Sachsen diese Bildungsangebote.

Vorstand/Geschäftsstelle:

Am 26. Oktober 2009 hat Eva Brackelmann die Elternzeitvertretung der Geschäftsführerin Yvonne Wilke mit einer leichten Stundenreduzierung übernommen. Daneben ist Ines Hiob in der Geschäftsstelle tätig.

Eva Brackelmann
Geschäftsführerin

eaf Sachsen-Anhalt e. V.

Zur Situation und Arbeit des Landesarbeitskreises

Der Vorstand der eaf Sachsen-Anhalt trifft sich mehrmals im Jahr. Die Arbeitsschwerpunkte des Geschäftsführers (75 % Stelle) liegen im Wesentlichen in der Umsetzung der im Zuwendungsvertrag mit dem Land Sachsen-Anhalt festgeschriebenen Aufgaben. Dazu gehören u. a.:

- Initiierung und Durchführung von Familienbildungsmaßnahmen und Projekten (330 Stunden familienbezogene Bildungsarbeit sind nachzuweisen)
- Familienpolitik und Gremienarbeit
- Öffentlichkeitsarbeit.

2009 konnten zahlreiche familienbezogenen Maßnahmen durchgeführt werden. Thematische Schwerpunkte dabei waren:

- Initiierung von familienbezogenen Angeboten in Kirchenkreisen und Gemeinden durch Vorträge bei Pfarrkonventen oder in Arbeitskreisen und Beantragen und Abrechnen von Landesmitteln für familienbezogene Projekte
- Kooperation mit Diakonie, Evangelische Erwachsenenbildung (EEB), Familienbund bei der „Woche für das Leben“
- Durchführung von thematischen Elternabenden in Ev. Kita und Ev. Grundschule
- Förderung von niedrigschwelligen Angeboten im Bereich Elternbildung
- Fünf Maßnahmen mit armen Familien im Bereich „Familienbegegnung mit Bildung“ (2009)
- „Rendsburger Elterntraining“ in Magdeburg (Beginn: Herbst 2009).

Die kirchenpolitische Situation

Die Synode der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland (EKM) hat Ilse Junkermann am 21. März 2009 zur Landesbischöfin gewählt, sie wurde am 29. August 2009 im Dom zu Magdeburg in ihr Amt eingeführt. Die EKM ist 2007 aus der Fusion der Kirchenprovinz Sachsen mit der Ev.-luth. Kirche in Thüringen hervorgegangen. Sie hat rund 900.000 Mitglieder in über 3.000 Kirchengemeinden und 38 Kirchenkreisen. Die Vorsitzenden und Geschäftsführer der eaf Sachsen-Anhalt e. V. und der eaf Thüringen besuchten die Bischöfin am 5. Februar 2010 und stellten ihre Organisationen vor.

Beirat für familienbezogene Arbeit in der EKM

Der Beirat für familienbezogene Arbeit in der EKM wurde Anfang 2008 einberufen. Zum Vorsitzenden wurde der Geschäftsführer der eaf Sachsen-Anhalt e. V. gewählt. Dieser Beirat hat im Wesentlichen die Aufgabe, die Ev. Institutionen und Einrichtungen, die im Bereich der Arbeit mit Familien tätig sind, zu vernetzen, die kirchenleitenden Gremien in familienrelevanten Fragen zu beraten und Initiativen zur stärkeren Wahrnehmung des Themas Familie zu befördern. Seit Sommer 2009 war Kinder- und Familienarmut Thema. Das Projekt „Wege aus der Armut“ wurde initiiert. Seit Februar 2010 läuft eine EKM-weite Umfrage zu armutsbezogenen Projekten und Initiativen in Kirche und Diakonie. Auf der neu eingerichteten Web-Präsenz www.wege-aus-der-armut.de sind die Ergebnisse einzusehen. Am 16. November findet dazu ein Fachtag in Halle (Saale) statt.

Zurzeit findet ein Konsultationsprozess mit der Bildungskammer der Synode der EKM statt, in dem gemeinsam an einem Papier zum Thema „Familie und Kirche“ gearbeitet wird.

Zur (familien-)politischen Situation in Sachsen-Anhalt

Zum Jahresende 2009 trat die Ministerin für Gesundheit und Soziales, Dr. Gerlinde Kuppe aus gesundheitlichen Gründen von ihrem Amt zurück. Ihr Nachfolger, Norbert Bischoff, ist seit 1994 Mitglied im Landtag, zuletzt war er Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion.

Nachdem im Sommer von der Regierung ein umfangreiches Sparpaket veröffentlicht worden war, hat der Sozialausschuss des Landtages im November 2009 die Kürzungen bei den Sozialverbänden einstimmig wieder zurückgenommen. Die Familienverbände, die ebenfalls von den Kürzungen betroffen gewesen wären, hatten in zahlreichen Gesprächen mit den Fraktionen auf die Bedeutung ihrer Arbeit hingewiesen.

Der Finanzminister Jens Bullerjahn verhängte unmittelbar nach Veröffentlichung des Haushaltes im Februar 2010 eine Haushaltssperre. Davon waren die Familienverbände mit ihrer Projektarbeit betroffen, da Bewilligungen erst im Mai/Juni ausgesprochen wurden.

Folgende familienpolitisch relevanten Themen werden u. a. diskutiert:

- Familienpaten (Fortbildung von Ehrenamtlichen)
- Neustrukturierung der Beratungslandschaft
- Alleinerziehende in Sachsen-Anhalt
- steigende Ansprüche an die Mitarbeiter/innen in Kitas.

Landesbündnis für Familien

Die eaf Sachsen-Anhalt arbeitet im Landesbündnis für Familien mit, das vom Ministerium für Gesundheit und Soziales initiiert wurde. Die Zusammenarbeit von Gruppierungen aus dem familienpolitischen und sozialen Bereich mit Vertretern der Wirtschaft soll hier gefördert werden.

Die eaf Sachsen-Anhalt ist in den Arbeitsgruppen „demografischer Wandel“ und „Förderung der Erziehungskompetenz“ vertreten; in letzterer AG hat der Geschäftsführer den Vorsitz. Inhaltlich wird zurzeit ein Fachtag zum Thema: „Familienbildung an der Schwelle Schule/Beruf – Familien optimal vorbereiten“ geplant.

Landesarbeitsgemeinschaft der Familienverbände

Die LAGF besteht aus sieben Verbänden der Landesebene: Deutscher Familienbund e. V., Verband Alleinerziehender Mütter und Väter e. V., Deutscher Kinderschutzbund e. V., Familienbund im Bistum Magdeburg und im Land Sachsen-Anhalt e. V., CVJM e. V., Landesverband der Pflege- und Adoptiveltern e. V. und die eaf Sachsen-Anhalt e. V. Ein Vertreter aus dem Ministerium für Soziales (Referatsleiter Familien) nimmt regelmäßig teil.

Die LAGF setzt sich dafür ein, die Bedingungen für die familienbezogene Arbeit in Sachsen-Anhalt zu verbessern.

Dazu wird immer wieder das Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern aus der Politik gesucht (z. B. Dezember 2009 mit der Sozialministerin zur familienbezogenen Arbeit). Im Sommer wurde ein familienpolitischer Stammtisch eingerichtet, der in unregelmäßigen Abständen aktuelle familienpolitische Themen diskutiert.

Im Sommer 2009 fanden im Vorfeld der Bundestagswahl zahlreiche Aktionen (Pressekonferenz, Marktstände, etc) statt.

Wesentliches Ziel für die Arbeit der LAGF ist es, durch Gespräche mit Fraktionsvertreterinnen und Vertretern (dem familienpolitischen Stammtisch) und durch Präsenz in allen maßgeblichen Gremien und Ausschüssen präsent zu sein.

Klaus Roes
Geschäftsführer

eaf Thüringen

Familienpolitische Entwicklungen in Thüringen

Am 1. Oktober 2008 wurde erstmalig als Papier ein *Gemeinsames Soziales Wort zur Kinderarmut in Thüringen* von den Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege und anderen Verbänden an die Sozialministerin übergeben. Im Kontext des Europäischen Jahres gegen soziale Ausgrenzung und Armut 2010 erarbeiteten die Unterzeichner des Gemeinsamen Sozialen Wortes und die Evangelische Kirche Mitteldeutschland erneut ein Papier zum Thema *Bildung als Schlüssel zur Überwindung der Kinderarmut in Thüringen*, das der politischen Öffentlichkeit im April übergeben wurde. Die Vorsitzende der eaf Thüringen Gundula Bomm vertrat in diesem Gremium die Interessen der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland (EKM).

Im August 2009 fanden in Thüringen die Landtagswahlen statt. Seit Herbst 2009 wird Thüringen von einer Regierungskoalition der CDU und SPD regiert. Die ehemalige Sozialministerin Christine Lieberknecht (CDU) ist die neue Ministerpräsidentin Thüringens, Bildungsminister Christoph Matschie (SPD) ist ihr Stellvertreter. Das Thüringer Sozialministerium (TMSFG) und das Thüringer Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur (TMBWK) sind u. a. von der SPD geführte Ministerien.

Folgende familienpolitische Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag der Landesregierung sind in ihrer Umsetzung begriffen:

- *Anhörungsverfahren zur Novellierung des Thüringer Kindertageseinrichtungsgesetz (ThürKitaG)*: Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz ab ersten Lebensjahr, Betreuungsumfang in Kitas und Grundschulhorten, Erhöhung des Personalschlüssels, Rechtsanspruch auf Betreuung von Kindern mit besonderem Förderbedarf in Regeleinrichtungen sowie integrativen Kindertagesstätten u. a.
- *Anhörungsverfahren zur Novellierung des Thüringer Erziehungsgeldgesetzes*: Bezugszeitraum soll an das Bundeselterngeld anknüpfen, Versuch der Entbürokratisierung bei der Antragsstellung u. a.
- *Anhörungsverfahren zur Novellierung des Thüringer Familienfördergesetzes (ThürFamFöG)*: Förderung der Familienverbände soll für mehr Verbände geöffnet werden. Die nun im Thüringer Landtag beschlossenen Gesetze treten am 1. August 2010 in Kraft.

„Arbeit für Thüringen – Zukunft Familie“ ist das neue Landesarbeitsmarktprogramm des Thüringer Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Technologie (TMWAT), welches am 5. Mai startete. 3.500 Personen sollen den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt durch Beschäftigungsförderung (Betreuung, Qualifizierungen) finden.

Das Programm besteht aus den beiden Teilen „Arbeit für Thüringen“ und „Zukunft Familie“. (www.thueringen.de/de/tmwat)

Die laut Koalitionsvertrag beschlossene *Thüringer Gemeinschaftsschule* startet mit Beginn des neuen Schuljahres ihre Pilotphase (August 2010). Im Kontext der Chancengleichheit steht das längere gemeinsame Lernen gleichberechtigt für alle Kinder bis Klasse 8 im Focus des Konzeptes.

Die Gemeinschaftsschule führt die Klassenstufen 1 – 12, mit einem Angebot aller allgemeinbildenden Schulabschlüsse mit gymnasialer Oberstufe. Eckpunkte: ganztägige Bildung und Betreuung, reformpädagogischer Ansatz mit flexibler Schuleingangsphase, Unterricht in Doppelklassenstufen, Lernen in jahrgangsübergreifenden Lerngruppen und Zweipädagogensystem etc.

Zum Gesetzentwurf zur Gemeinschaftsschule werden im Herbst 2010 die öffentlichen Anhörungen stattfinden. (www.thueringen.de/tmbwk)

Ausbau der Regelschulen zu „Oberschulen“ ist das neue Konzept der CDU-Landtagsfraktion d. h. Realschulabschluss nach der 10. Klasse wird zum Normalfall, ergänzt durch eine dreijährige gymnasiale Oberstufe für leistungsstarke Schüler. Die CDU plant, ihren Vorschlag in die parlamentarische Debatte zu bringen, sobald das Thüringer Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur den Gesetzentwurf zur Gemeinschaftsschule vorlegt.

Aus der Arbeit der eaf Thüringen

Neue Mitgliedseinrichtungen wurden in den Landesarbeitskreis Thüringen aufgenommen (Ev. Familienerholungsstätte Haus am Seimberg, Kirchenkreis Waltershausen-Ohrdruf, Familienzentrums Altenburg).

- Der Thüringer Arbeitskreis der Familienorganisationen (AKF e. V.) erarbeitet zurzeit Qualitätsmerkmale für Familienverbände.
- Die eaf Thüringen hat sich im Februar 2010 an den o. g. Anhörungsverfahren zur Novellierung des ThürKitaG, des ThürFamFöG und des Thüringer Erziehungsgeldgesetzes

beteiligt. Die Stellungnahme der eaf Thüringen wurde als Stellungnahme von der Ev. Kirche in Mitteldeutschland mitgetragen.

- Antrittsbesuch der beiden eaf Landesarbeitskreise Sachsen-Anhalt e.V. und Thüringen bei der neuen Landesbischöfin Ilse Junkermann im Februar 2010.
- Antrittsbesuch des Vorstandes der eaf Thüringen bei der Sozialministerin im April (Themenschwerpunkten: Verbandsarbeit und -struktur der eaf, Situation der Familienverbände in Thüringen, Maßnahmen gegen Familien- und Kinderarmut, generationsübergreifende Familienarbeit)
- Arbeitsschwerpunkt „Kinder – und Familienarmut“:
 - Mitgliederversammlung und Jahrestagung der eaf Thüringen „Kindergrundsicherung - was bringt das neue Modell?, Der neue Ansatz gegen Familienarmut in der Diskussion“. (Referent: Prof. R. Lutz, FH Erfurt)
 - Projekt des Beirates für familienbezogene Arbeit und dem Bund Evangelischer Jugend in Mitteldeutschland: „Wege aus der Armut“ (Projekte und Initiativen gegen Familien- und Kinderarmut in EKM). Mit dem Fachtag am 16. November 2010 „Wege aus der Armut“ Wahrnehmen – Ermutigen – Vernetzen, Franckesche Stiftungen in Halle/Saale von 9.30 bis 15.30 Uhr. www.wege-aus-der-armut.de
 - In Planung: Gesprächspodien zur Entwicklung der Thüringer Schullandschaft als Informationsabend für Eltern, Lehrer und Interessierte in drei Städten Thüringens.

Ute Birckner
Geschäftsführerin

eaf Württemberg

Die *Arbeitsstelle Familie* (ASteF) der evangelischen Landeskirche entwickelt und organisiert seit ihrer Gründung im Jahre 2006 Initiativen der familienbezogenen Arbeit für und mit Kirchengemeinden. In 2007 wurde die „Familienstrategie“ der evangelischen Landeskirche weiterentwickelt. Die sieben Themeneckpunkte der Strategie werden stufenweise mit konkreten Projekten umgesetzt.

Eine Internetseite (www.arbeitsstellefamilie.de) als Serviceangebot für Kirchengemeinden und Interessierte zum Thema „Familie“ ist eingerichtet und erweitert sich stetig. Erste Aktivitäten der Familienstrategie (Kirchengemeinden im Gemeinwesen, Kirchengemeinden und lokale Bündnisse) sind ins Netz gestellt. Best-Practice-Modelle (Kirchengemeinden - Orte für Familien) wurden veröffentlicht, Arbeitsblätter „Familienfreundliche Gemeinde“ entwickelt und der erste Elternkurs „Auf eigenen Beinen stehen“ (Teil 1: Für Mütter und Väter von Kindern im Alter unter drei Jahren) durchgeführt. Zu diesem Elternkurs finden Fortbildung und Kurse vor Ort statt.

Die eaf Württemberg ist im Beirat der Arbeitsstelle Familie vertreten.

Wellcome

In 2009 wurden insgesamt 10-Wellcome-Standorte gegründet und die Landeskoordinationsstelle wellcome Baden-Württemberg wurde in Stuttgart eröffnet. Insgesamt hat das Land Baden-Württemberg die Projekte sowie die Koordinationsstelle mit 30.000 Euro in 2009 unterstützt.

Programm STÄRKE

2009 war das erste durchgängige Jahr, indem das Landesprogramm „STÄRKE“ durchgeführt wurde. Die Initiative zur „Stärkung der Erziehungskompetenz“ mit einem Volumen von 4 Mio. Euro begleitet die eaf durch ihre Delegation im Landesfamilienrat kritisch.

Dieses Programm beinhaltet zwei Elemente: Bildungsgutscheine für alle Eltern bei der Geburt des Kindes in Höhe von 40 Euro und begleitende Förderung für Familien in besonders belasteten Situationen.

Die Details des Programms wurden in einer Arbeitsgruppe bis Anfang des Jahres 2008 konkretisiert.

Das Land Baden-Württemberg setzt den Schwerpunkt bzw. den Zugang mit dem geplanten Programm auf Subjektförderung. Die Zugangsschwelle zu Elternbildung soll gesenkt und einer scheinbaren Stigmatisierung der Teilnehmenden an Elternbildungskursen entgegengewirkt werden: „Elternbildung als Normalität“. Mit dem Programm ist die Hoffnung verbunden, sog. „bildungsferne Teilnehmer/innen“ zu erreichen.

Nach ersten Auswertungszahlen aus 2009 liegen die Einlösezahlen der Bildungsgutscheine (Säule 1) noch weit unter den vermuteten (erhofften) Prozentzahlen. Erwartet waren ca. 35 – 40 % Gutscheineinlösungen, tatsächlich liegt die Einlösezahl aber bei ca. 18 %. Konkrete Evaluationsergebnisse liegen aber noch nicht vor.

Die evangelische Landeskirche Württemberg hat die Teilhabe von sog. bildungsfernen Milieus an Angeboten der Familienbildung zu einem ihrer wichtigsten Merkmale zukünftiger Entwicklungen erklärt. In einem ersten Schritt wurde 2009 der

Fachtag „angekommen - angenommen?“ von Integration und Familienbildung durchgeführt.

Familien mit Migrationshintergrund stehen vor vielfältigen Herausforderungen. Spannungen nehmen zu zwischen dem Bezug zu der traditionellen Herkunftskultur und der deutschen Mehrheitsgesellschaft. Soziale und wirtschaftliche Benachteiligung fördern Ausgrenzungsprozesse. Rückzugstendenzen (nicht nur bei muslimischen Familien) in ethnisch und religiös homogene Sozialräume können Folge hiervon sein. Um den Kindern und der nachwachsenden Generation bessere Lebens- und Teilhabechancen in der bundesrepublikanischen Gesellschaft zu eröffnen, bedarf es weiterer Anstrengungen. Grundlegend dabei sind gute Bildungsvoraussetzungen: Es gilt, Kinder und Jugendliche so früh wie möglich zu fördern. Die Familie ist die erste Lernwelt, darum müssen Eltern einbezogen werden, um gelingende Integration zu fördern. Geeignete Angebote der Eltern- und Familienbildung zur Stärkung der Erziehungskompetenz, zur Vermittlung bestehender Strukturen im Sozialraum und Hilfe zur Selbsthilfe sind von entscheidender Bedeutung.

Vor diesem Hintergrund wurden Fragen nach passenden Zugangskonzepten, Fragen zielgruppenspezifischer und interkultureller Ansätze sowie zur interkulturellen Ausrichtung und Öffnung von Einrichtungen breit diskutiert. Vernetztes, sozialraumorientiertes Handeln, eingebunden in kommunale Integrationskonzepte, ist unbestritten.

Die Tagung vertiefte diese Aspekte in zwei Fachvorträgen und stellte zwei neue Praxisleitfäden für die Bildungsarbeit mit Familien vor. Zum Abschluss dieser Veranstaltung wurden notwendige Entwicklungsaufgaben für Baden-Württemberg diskutiert.

Diese Veranstaltung war mit über 100 Teilnehmenden sehr gut besucht und die angebotenen Themenfelder regten sehr zur Diskussion weit über den Tagungszeitraum hinaus an.

Landskirchliches Projekt „Familien stärken (FamS)“

Das dreijährige Projekt „Familien stärken“ hat sich zum Ziel gesetzt, folgende Aspekte zeitgemäßer Familienbildung in ihren Leistungs- und Angebotsprofil zu entwickeln:

Erster Aspekt: Demographie und Bevölkerungsentwicklung

Aufgrund der demographischen Entwicklung in Deutschland müssen Institutionen und Träger der Familienbildung Konzepte und Strategien zu entwickeln, die den Zugang für neue Zielgruppen der Familienbildung ermöglicht und erleichtert. Daneben ist vor allem die multikulturelle Bevölkerungsentwicklung eines der wichtigsten Themenfelder, die die institutionalisierte Familienbildung zu berücksichtigen hat. Zahlen multikultureller Entwicklungen sprechen hier eine eindeutige Sprache: Bei Familien mit Kinder unter fünf Jahren mit Migrationshintergrund in 2007 lag der Anteil bei 1/3 aller Familien in Deutschland. Entwicklungsberechnungen gehen davon aus, dass sich die Bevölkerung in Deutschland in den kommenden 20 Jahren entsprechend verändern wird. Laut Klaus-Peter Strohmeier (2003) wird unsere nachwachsende Gesellschaft in 10, 20 Jahren mehrheitlich einen Migrationshintergrund haben. Wir werden andere Deutsche haben als die, die wir heute haben.

Zweiter Aspekt: Teilnahmechancen

Benachteiligungen müssen abgebaut und ausgeglichen werden. Hierfür sind die Bildungsangebote der Familienbildung so zu entwickeln, dass auch Eltern aus bildungsfernen Milieus partizipieren können und damit die Familienbildung zur Stärkung der Erziehungskompetenz unterschiedlich benachteiligter Gruppierungen beiträgt. Inklusionsstrategien zielen auf den Abbau aller Zugangsbarrieren, eine Verbesserung der Teilhabemöglichkeiten aller Gruppen ist anzustreben. Hierbei ist die interkulturelle Öffnung nur ein Teilaspekt.

Dritter Aspekt: Bildungsgerechtigkeit

Ziel und Anliegen von Familienbildung muss die Herstellung von Bildungsgerechtigkeit sein. Unter einem so verstandenen Demokratiepostulat als dritter und letzter Aspekt, muss Familienbildung dazu beitragen, dass die Teilnahmemöglichkeiten an Weiterbildungsangebote erhöht werden. Dies ist und wird zukünftig zunehmend ein Thema sein, das die Geldgeber der Familienbildung und die Politik beschäftigen wird. Unabhängig davon, ist Familienbildung mehr und mehr in der Situation, durch unterschiedliche Finanzierungsquellen ihre Arbeit auch *quer* zu finanzieren.

Umsetzung dieser Aspekte im Projekt „Familien stärken“

Eine wesentliche Säule ist die Vernetzung der Einrichtungen der Familienbildung vor Ort und die aktive Beteiligung in Netzwerke und Arbeitskreise. Dort wo noch keine Netzwerke bestehen, werden welche aufgebaut. Mit der praktischen Umsetzung in den Projektstandorten werden unterschiedliche Kooperationen mit Einrichtungen der Erziehungshilfe, der Beratung und weitere Partner entwickelt und aufgebaut. Die zu entwickelten Projekte sind auf Nachhaltigkeit angelegt, d. h., sie werden so konzipiert sein, dass nach Ablauf der Projektphase die Projekte weiter bestehen.

Ein zentraler Aspekt dieses Projektes ist die Zusammenführung von bisher traditionell nebeneinander bestehenden Systemen der Familienbildung mit der Erziehungshilfe.

Die Projekte bzw. Angebote verknüpfen konzeptionelle Ansätze der Lebensweltorientierung mit Familienbildung und schaffen so neue Zugänge. Methoden und Kenntnisse verschiedener Hilfsangebote werden kombiniert.

Die Leistungen sind grundsätzlich präventiv ausgerichtet. Die Familienbildungsstätten entwickeln geeignete Beratungs- und Bildungsangebote, die einen niedrighschwelligem Charakter aufweisen und an den Lebensorten der Zielgruppen anbieten. Die Zielgruppen sind Familien, die in ihrem Alltag durch belastende oder von Armut bedrohte Lebensumstände

gekennzeichnet sind. Eine Differenzierung der Zielgruppen ist mit den regionalen Gegebenheiten verknüpft.

Die Projekte dienen der Grundlegung und Übertragbarkeit zur Weiterentwicklung lokaler Hilfssysteme. Es geht hier um eine grundsätzliche Weiterentwicklung der (Hilfs-)Angebote für Familien vor Ort. Diese werden dazu beitragen, dass Kompetenzen unterschiedlicher Disziplinen kombiniert und zusammengeführt werden.

Das Projekt „Familie stärken“ konnte im Oktober 2009 begonnen werden und wird bis September 2012 durchgeführt.

Eine Handreichung mit der Auswertung aller dazugehörigen Projekte wird zum Ende der Projektlaufzeit erstellt und soll allen Interessierten als Grundlage für eigene Projektansätze der Familienbildung dienen.

Landesfamilienrat (LFR)

Der Landesfamilienrat, indem die eaf sowohl im Vorstand sowie in verschiedenen Arbeitsgruppen vertreten ist, mehrere Materialien veröffentlicht, in denen er Stellung zu unterschiedlichen Themen bezieht, z. B.:

Flyer Kinderschutz: Mit diesem Papier hat er die Entwicklungen zum Kinderschutz bezogen, wie sie in unterschiedliche Papiere des Sozialministeriums erstellt wurden. Im Unterschied tritt der LFR hier für einen erweiterten Kinderschutz ein und kritisiert sowohl die Ansätze wie auch die Engführungen zum Kinderschutz des Ministeriums.

Positionspapier Schule: Der Landesfamilienrat beteiligte sich in den letzten beiden Jahren intensiv an der allgemeinen Bildungsdiskussion. Im vorliegenden Positionspapier stellt er zehn zentrale Thesen zur Schule, insbesondere aus Familiensicht, vor. Im Mittelpunkt steht die Frage nach gelingenden Bildungs- und Erziehungspartnerschaften. Eltern und Schule sind Partner bei der Erziehung und Bildung der Kinder. Diese Erkenntnis muss sich bei Bildungskonzepten und mehr noch im Alltag niederschlagen. Die Beteiligung und Einbeziehung der Eltern in den Bildungsprozess im Sinne von Erziehungspartnerschaften ist aus Sicht des Landesfamilienrates daher ohne Alternative. Schulen müssen attraktive Lebenswelten für Kinder und Jugendliche werden, die Eltern in ihrer Erziehungsaufgabe unterstützen und entlasten. (s. homepage <http://www.eaf-wue.de/>)

Dietmar Lipkow
Geschäftsführer